

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

»Die Kleingruppe ist die Küche
der öffentlichen Meinung«
Christian Deutsch & Harald Katzmaier

Die überschätzte Wahl
Anton Pelinka

Die US-Wahlen und
die amerikanische Außenpolitik
Lilly Panholzer

Amerika in vier Stationen
Sebastian Schublach

SCHWERPUNKT
US-WAHLEN
2012

PLUS Akzente.

EDITORIAL

Der U-Ausschuss hat sein unwürdiges Ende gefunden, die vor einem Monat an dieser Stelle befürchteten Folgen sind eingetreten. Die milliardenschweren Privatisierungs- und Korruptionsaffären der Ära Schüssel, die der Republik teuer zu stehen gekommen sind und einem Netzwerk schwarz-blauer Günstlinge großen Nutzen gebracht haben, stehen in der öffentlichen Wahrnehmung nun endgültig auf einer Stufe mit den ÖBB-Inseraten. Und der Bundeskanzler wird sich ein ganzes weiteres Jahr fragen lassen müssen, was er denn eigentlich zu verheimlichen hat, wenn er sich weigert, dem Parlament unter Wahrheitspflicht Rede und Antwort zu stehen. Auch (und gerade weil) die Vorwürfe im Einzelnen bald in Vergessenheit geraten werden, bleibt die Wahrnehmung mangelnder Glaubwürdigkeit. Und politische Glaubwürdigkeit ist ein Gut, das gegenwärtig nicht so im Überfluss vorhanden wäre, dass es sich empfehlen würde, es leichtfertig zu verspielen. Denn wenn 80-jährige Millionäre ohne Programm in Umfragen auf über 10 Prozent kommen, dann sollte niemand glauben, dass dies ein Phänomen ist, das nur der FPÖ zu schaffen macht oder das BZÖ ins politisch verdiente Jenseits befördern könnte – es zeigt die Verwundbarkeit gerade auch unserer Partei auf.

Was die SPÖ in positiver Hinsicht beitragen kann, um Menschen nicht der Frustration und Vereinzelung und damit dem Einfluss von Massenmedien und Polit-Entertainern zu überlassen, ist das Thema eines ausführlichen Interviews mit Wiens Landesparteiensekretär **Christian Deutsch** und dem Netzwerkanalytiker **Harald Katzmair** am Beginn dieser Ausgabe. Das Projekt »Wien ist mehr« entdeckt die Kleingruppe als **»Küche der öffentlichen Meinung«** wieder und hat sich das Ziel gesetzt, mit Unterstützung des Mediums Web 2.0 dem Neoliberalismus einen **Rahmen für eine neue Form der solidarischen Organisation** von Menschen gegenüber zu stellen.

Das Projekt basiert auch auf Forschungsergebnissen über die erfolgreichen Organisationsformen rasant wachsender us-amerikanischer Freikirchen. Und die **USA** sind auch das **Schwerpunktthema** dieses Hefts:

Anton Pelinka skizziert in sieben Punkten, weshalb **Barack Obama** bei den us-Präsidentschaftswahlen **gute Chancen** hat, **die Bedeutung seines Amtes** jedoch häufig **überschätzt** wird.

Günter Bischof beschäftigt sich mit der Rolle der **US-Außenpolitik** im derzeitigen Wahlkampf. Ein Sieg Obamas könnte aus seiner Sicht zu einer friedlichen Weiterentwicklung einer »postamerikanischen« Ära«, einer **Einschränkung einer einseitigen Hegemonie**, beitragen, ohne die USA jedoch in einen neuen **Isolationismus** verfallen zu lassen.

Sebastian Schublach hat die **USA** im Wahlkampf mehrere Wochen **bereist** und schildert in seinem Bericht **Eindrücke und Einschätzungen** der laufenden Kampagne.

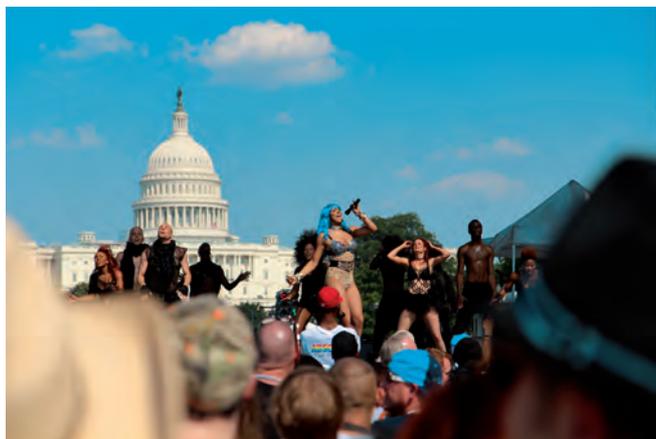
Ein kleiner Paukenschlag war die aktuelle Veröffentlichung der bislang umfassendsten Studie der Österreichischen Nationalbank über die **Vermögensverteilung in Österreich**. Co-Autor **Martin Schürz** präsentiert in der ZUKUNFT in **zwei Teilen** die **wichtigsten Ergebnisse** der Untersuchung und trifft seine persönlichen Ableitungen.

Bereits vor einigen Monaten erschienen ist **Jürgen Boszokis** Buch **»Euro vor dem Aus?«**, in dem er Probleme und Krisenszenarien der Währungsunion thematisiert und das von Ludwig Dvořák besprochen wird.

Nach den **Buchtipps** beschäftigt sich **Helene Schubert** mit **Genderdimensionen** der aktuellen **Krisenentwicklung**.

Wir wünschen viel Vergnügen beim Lesen und Schauen,

Inhalt



CAPITAL PRIDE: SHOWEINLAGEN VOR DEM KAPITOL, WASHINGTON D.C.

© Sebastian Schublach

Fotos »USA 2012« von Sebastian Schublach

6 »Die Kleingruppe ist die Küche der öffentlichen Meinung«

INTERVIEW MIT CHRISTIAN DEUTSCH & HARALD KATZMAIR

Schwerpunkt

US-Wahlen 2012

14 Die überschätzte Wahl

VON ANTON PELINKA

20 Die US-Wahlen und die amerikanische Außenpolitik

VON GÜNTER BISCHOF

26 Amerika in vier Stationen

VON SEBASTIAN SCHUBLACH

34 Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich

VON MARTIN SCHÜRZ

40 Euro vor dem Aus?

VON LUDWIG DVOŘAK

44 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

46 Die genderspezifischen Auswirkungen der Finanzkrise in der Europäischen Union

SCHLUSSWORT VON HELENE SCHUBERTH

»Die Kleingruppe ist die Küche der öffentlichen Meinung«

Welche Bedeutung die Netzwerkforschung für die Politik und die Organisierung von Menschen hat, welche Folgen gesellschaftliche Vereinzelung nach sich zieht und wie die SPÖ Wien darauf reagiert, stand im Mittelpunkt des ZUKUNFT-Gesprächs mit Wiens SPÖ-Landespartei sekretär Christian Deutsch und dem Netzwerkanalytiker Harald Katzmair.

Im Vorfeld unseres Gesprächs über soziale Netzwerke und Politik war von eurer Seite oft die Rede vom Projekt »Wir sind mehr«. Um vielleicht gleich von einem konkreten Beispiel auszugehen – wer die Homepage <http://wirsindmehr.at> besucht, findet einen Aufruf an Wiener Bürgerinnen und Bürger gemeinsam zu kochen, Elterncafés zu gründen, in den Wienerwald zu fahren oder mit dem Hund Gassi zu gehen. Ganz direkt gefragt: Was verspricht sich die SPÖ davon?

Deutsch: Hinter dem Projekt steckt ein banaler Grundsatz: »Menschen treffen sich aufgrund gemeinsamer Interessen.« So ist auch die Sozialdemokratie über die Arbeiterbildungsvereine und ein Netzwerk unterschiedlicher Zielgruppen entstanden. Als Harald Katzmair uns seine Projektidee von »Wir sind mehr« vorgestellt hat, waren wir von Anfang an interessiert. Wir sind stolz darauf, dass wir als erste Partei im europäischen Raum ein solches innovatives Modell des Miteinanders entwickelt und umgesetzt haben, das auf dieser Grundhaltung basiert und moderne Kommunikationsmethoden verwendet. Dahinter steht die Überlegung: Menschen unternehmen etwas miteinander, sie treten für etwas ein, sie wollen gemeinsam Aktivitäten setzen. Gesellschaftspolitisch ist das ein klares Gegenmodell zu den neoliberalen Ich-AGs!

Das Projekt ist eine Initiative des Wiener Bürgermeisters Dr. Michael Häupl, das von der SPÖ Wien unterstützt wird. Die Aktivitäten selbst liegen aber vollständig in der Verantwortung der Gruppen. Nach positiv durchgeführten Pilotversuchen im Jahr 2009 und 2010 haben wir »Wir sind mehr« im Frühjahr 2011 erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Seither sind bereits über 100 Gruppen entstanden. Das zeigt, dass es Interesse gibt, sich politisch zu engagieren, dass es aber auch Freiräume dafür braucht – und das unterstützen wir. Mit »Wir sind mehr« haben wir eine ganz neue Möglich-

keit für gesellschaftspolitisches Engagement geschaffen – im Umfeld der Sozialdemokratie, aber abseits von traditionellen Parteistrukturen.

Harald Katzmair, du bist Sozialforscher und Netzwerkanalytiker – wie siehst du den Background dieses Projekts?

Katzmair: Die Idee stammt aus den USA. Wenn man sich die am schnellsten wachsenden amerikanischen Kirchen ansieht, dann spricht man von Freikirchen wie die Saddleback Church oder Lakewood Church. Das sind Organisationen mit Millionen Mitgliedern, und keine esoterischen »Mini-Sekten«. Deren Organisationsaufbau basiert auf dem »cellular church principle«. Ihre Basiseinheit ist die »small group«, die Kleingruppe. Die Kleingruppe ist der Ort, an dem eine erste Bindung stattfinden kann – sie ist grundlegend. Das ist eigentlich einer alten Überlegung der Sozialforschung entliehen. Einer der wichtigsten Sozialforscher Österreichs, Paul Lazarsfeld, hat davon gesprochen, dass die Kleingruppe »die Küche der öffentlichen Meinung« sei. Denn das, was wir in den Massenmedien oder heute auch in den Social-Media-Kanälen lesen, sehen und hören, bestimmt, über welche Themen wir sprechen. Wie wir das bewerten, diese Entscheidung fällt dann aber in diesen ganz kleinen Gruppen. Die »small group« ist eine Art Relais, die Meinungen verstärkt, aber auch umpolen kann.

Je isolierter die Menschen, desto direkter ist der Einfluss von Massenmedien auf die Meinungsbildung. Eine gesellschaftliche Diskussion selbstbestimmter Menschen braucht also diese sozialen Netzwerke auf einer Mikroebene. Dass da auch so etwas wie Community Building mitspielt, das haben wir vielleicht in den letzten Jahren ein wenig verdrängt.

Robert Misik hat in der ZUKUNFT 09/2009 davon geschrieben, die Parteiorganisation vor Ort müsse »nützliche Dinge tun«, um wieder zu Kräften zu kommen. Wenn wir in diesem Zusammenhang von der Organisation von Menschen sprechen, dann stellt sich natürlich immer auch die Frage des Verhältnisses mit den Sektionen vor Ort?

Deutsch: Wir wissen aus der Wiener Mitgliederbefragung 2011, dass die Bereitschaft von Menschen unter 45, sich zu engagieren, besonders groß ist und wir wollen dafür auch neue, innovative Möglichkeiten neben der traditionellen Struktur schaffen. Wir sehen, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geändert haben, dass beispielsweise die Arbeitszeiten heute andere sind. Daher braucht es ein geeignetes Angebot, um Menschen zu ermöglichen, sich zu organisieren. Im Umfeld des Obama-Wahlkampfes 2008 wurde ich häufig gefragt, was tun wir mit Social Media? Da gibt es eine klare Antwort: Mit »Wir sind mehr« überspringen wir Web 2.0 und sind schon einen Schritt weiter. Denn wir nutzen Facebook und dergleichen nicht dafür, dass sich Menschen im Web treffen, sondern nutzen die Plattform, um Menschen im »realen« Leben zusammenzubringen. Und wir sind damit in Europa die ersten, die ein solches Gegenmodell zum Neoliberalismus mit Hilfe aller modernen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, umgesetzt haben.

Die Grenzen zwischen den Sektionen und den Themengruppen sind dabei durchaus fließend: Es gibt viele, die in beidem aktiv sind. Aber das Entscheidende ist für mich, dass 80 Prozent der aktiven Gruppenmitglieder bislang nicht im Umfeld der Sozialdemokratie waren. »Wir sind mehr« ist eine Antwort darauf, wie die Sozialdemokratie ihren Radius vergrößert und Menschen zusammenbringt, die für etwas eintreten. Auch das ist ein wichtiges Prinzip: Dass die Gruppen für etwas und nicht gegen etwas sind.

Katzmair: Bei diesem Projekt kommt ergänzend etwas anderes dazu: Wenn gelegentlich die »Lufthöhe über den Stammtischen« als Ziel ausgegeben wird, um die öffentliche

Meinung zu beeinflussen, dann setzt man etwas voraus, was gar nicht selbstverständlich ist. Was mache ich denn, wenn die Menschen nicht bei Stammtischen sind? Was kann ich da für eine Lufthöhe erobern? Im Grunde geht es daher auch darum, auf einer Mikroebene eine Art »moderner Stammtisch« zu re-konfigurieren. Und gleichzeitig geht es um eine Umkehrung bestehender politischer Muster. Es ist nicht so, dass da eine Struktur ist und die macht dir Vorschläge, was du tun könntest. Sondern: Man setzt an den Leidenschaften und Interessen von Menschen an und unterstützt sie dabei, eine entsprechende Gruppe zu schaffen. Und durch das Schaffen eines Zusammenhangs mit »Wir sind mehr« verbindet man seine eigenen sozialen Aktivitäten mit einer gesellschaftspolitischen Haltung. Man geht aus einem rein privaten in einen halböffentlichen Raum.

Es gibt da von der SPÖ Wien ein Commitment, das ich toll finde und das es auch braucht, wenn man so etwas Grundsätzliches versucht: Wie organisieren wir Gesellschaft im 21. Jahrhundert, wie gehen wir damit um, dass Menschen keine Zeit haben, dass Leute gestresst sind und in kurzen Zyklen leben. Was bewirken denn diese kurze Zyklen und der wachsende Stress? Einerseits reagieren Menschen mit Aggression, andererseits mit Rückzug aus der Welt, die sie jederzeit verletzen kann. Als Alternative bleibt dann die Zerstreuung im Konsum, das »Wegspacen«. Das sind drei Reaktionsmuster auf Stress, alle drei haben aber eines gemeinsam: Dass sie uns noch mehr trennen. Die Frage der psycho-sozialen und emotionalen Infrastruktur der Solidarität ist eine Grundfrage. Wie kann man Zonen schaffen, in denen andere Spielregeln gelten, in denen man miteinander nicht nur instrumentell umgeht. im Sinne von »Nützt mir der?« oder »Schadet er mir?« oder »Ist er mir eh wurscht?«.

»Wir sind mehr« ist so eine Zone, eine echte Alternative zur klassischen Mitarbeit in einer Partei, weil Menschen sich hier mit Dingen beschäftigen, die sie gerne tun.

»Wir sind mehr« bezeichne ich daher als Plattform für Menschen, die es leichter machen soll, das, was dir wichtig ist, mit anderen zu teilen, für mehr Solidarität im »echten Leben«.

Was meinst du mit »echtem Leben«?

Katzmair: Wir haben lange darüber nachgedacht, wie wir das am besten bezeichnen: Was ist das »echte« und das »unechte« Leben? Das klingt jetzt vielleicht polemisch gegenüber Social Media. Im Grunde ist der Gedanke aber einfach folgender: Dass wir uns in Echtzeit an ein und demselben Ort befinden, ist extrem wichtig für bestimmte Bindungen, für soziale Beziehungen und das Schaffen von Vertrauen. Das zeigen auch verschiedene Forschungen. Soziale Medien schaffen das nicht. Social Media kann uns aber helfen, Menschen in der »Echtzeit«-Welt zu organisieren,...

Deutsch: Wir haben das Projekt mit einer einzigen Wandzeitung beworben, alles andere lief über Facebook und Social Media. Wir haben kein einziges Inserat geschaltet, auch keine Plakatkampagne durchgeführt – trotzdem haben wir schon über 100 Gruppen

Katzmair: ...aber entscheidend ist dann letztlich: Dass sich Menschen real begegnen. Denn um diesen Prozess der Vereinzelung, den ich vorher angesprochen habe, zu stoppen, braucht es die Kleingruppe. Am Satz »Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft« ist insofern etwas dran, als eine Familie eine Kleingruppe sein kann, aber was ist mit all jenen, die eben nicht in einer solchen Kleingruppe sind?

Für eine Partei geht es ja immer auch um die Frage, wie sie WählerInnen überzeugen und gewinnen kann. Welche Rolle hat da die Kleingruppe?

Katzmair: Das ist natürlich eine ganz fundamentale Frage. Wir haben zwei Formen von Netzwerken: Netzwerke, in denen wir zusammensitzen und uns recht geben, uns gegen-

seitig in unserer Meinung bestärken. Das sind Stammwähler und die finden meistens zu einer recht einheitlichen Wahlentscheidung. Jetzt haben wir aber auch einen immer größeren Bereich von Menschen, die Netzwerke haben, in denen sie sehr unterschiedliche Meinungen hören. Und wir wissen, dass Wechselwähler-Netzwerke in der Regel heterogen zusammengesetzt sind: Rot-grüne Wechselwähler sind hundertprozentig in einem rot-grünen Netzwerk, rot-blaue in einem rot-blauen Netzwerk usw. Der wichtige Punkt ist: Wenn du viele Dissonanzen in deinem Netzwerk wahrnimmst, dann ziehst du dich zurück.

Darauf basiert auch die gegenwärtige Strategie der Republikaner in den USA: Sie versuchen vom Rand aus, durch Radikalisierung und Polarisierung, die Mitte so zu demobilisieren, dass die nicht wählen geht. Die Strategie ist: Du sprengst die Leute raus und isolierst sie, du verwirrst sie und nimmst sie damit aus dem Geschehen. Die Mitte ist ja nicht die Mitte, weil sie der ideale Durchschnitt, die »goldene Mitte« ist. In der Mitte habe ich vielmehr ein Portfolio an divergierenden linken und rechten Präferenzen, beispielsweise denke ich sozialpolitisch eher links, in der Ausländerpolitik aber eher rechts. Und in einer zunehmenden Polarisierung bringe ich das dann nicht mehr unter einen Hut. Und diese Verwirrung ist ein Kern des Problems, von denen die radikalen Parteien profitieren oder zu profitieren versuchen.

Da hilft nur das Gespräch mit Menschen, zu denen du Vertrauen hast, damit du wieder Boden unter den Füßen bekommst. Das ist der Sinn der Synchronisierung von Meinungsbildung: Dass man gemeinsam Dinge ausdeuten und interpretieren kann, dass man Dinge wieder versteht, die man allein nicht mehr verstehen kann. Das ist das Gegenkonzept zur radikalen Rechten, die versucht, in den Mainstream-Netzwerken Dissonanzen zu erzeugen.

Die Funktion der Freikirchen in den USA ist jene der Orientierung. Wobei wir in diesem Zusammenhang allerdings

von einer Organisation der oberen Mittelklasse sprechen, das sind White-Collar-Organisationen. Der geht einmal pro Woche statt ins Fitness-Studio in seine Kleingruppe, um abseits von Konkurrenz und Wettbewerb etwas zu erfahren. Für den Meinungsbildungsprozess ist es gerade für die immer größer werdende Zahl der von den rasanten Vorgängen Verwirrten entscheidend, in diesen Kleingruppen eine Möglichkeit zu finden, die gesellschaftlichen Vorgänge einordnen und sinnvoll zu verarbeiten.

Das Beispiel der US-Freikirchen wurde jetzt mehrfach angesprochen und dabei auch erwähnt, dass das Organisationen der oberen Mittelklasse sind. Um wen geht es denn »Wir sind mehr«? Soll auch vorwiegend die Mittelklasse angesprochen werden oder anders gefragt, ist es nicht auch für unsere KernwählerInnen interessant?

Katzmair: Auch Kernwähler brauchen funktionierende Netzwerke, aber diese sind meines Erachtens im Grunde überwiegend intakt. Uns geht es vielmehr um jene Menschen, die aus bestimmten Bindungen herausfallen. Wir haben daher vorrangig Gruppen adressiert, die in einem Umbruch oder einem Suchprozess sind. Wenn du neu in eine Stadt kommst, wenn du in Pension gehst, wenn du Mutter oder Vater wirst – dann ändert sich einiges und du begibst dich auf die Suche. Und um diese Menschen geht es.

Deutsch: Wir haben uns in der Anfangsphase daher auch auf vier Gruppen konzentriert: »Neu in der Stadt«, »PensionistInnen«, »Junge Familien« und »Sport«. Die Entwicklung hat uns aber gezeigt, dass es ganz unterschiedliche, vielfältige Interessen gibt und die Menschen sich rasch danach organisieren. Die größte Gruppe sind z.B. derzeit die »Roten Radfahrer«, aber die Themen reichen von Eltern- und Unigruppen bis hin zu »gemeinsam Tatort schauen«.

Der nächste Schritt wird sein, die unterschiedlichen Gruppen miteinander zu vernetzen, um den gesellschaftspolitischen Konnex herauszuarbeiten. Natürlich wird sich für die

Partei auch die Frage der Partizipation stellen, denn wenn es Interesse an Mitarbeit gibt, dann muss es dafür natürlich entsprechende Angebote geben.

Die SPÖ hat ja eigentlich ein umfassendes Netzwerk an Vorfeldorganisationen, die ganz stark an Freizeitinteressen anknüpft. Wie ist dieses Verhältnis zu sehen?

Deutsch: Das Projekt wurde sehr positiv aufgenommen und wird beispielsweise von den Wiener Kinderfreunden oder Naturfreunden aktiv unterstützt. Ein ähnliches Konzept haben wir bei der Stammtischtour umgesetzt: Wir gehen an die Orte, wo sich Menschen treffen. Egal ob das jetzt eine Kartenrunde im Wirtshaus, das wöchentliche Match am Sportplatz, oder ein Clubbing ist. Alle Bedenken, ob das funktionieren kann, haben sich zerstreut: Wir haben innerhalb von drei Monaten über 1.000 solcher »Stammtische« in ganz Wien besucht, außerhalb eines Wahlkampfes. Wesentlich ist: Wir kommen zu einer Ideenvielfalt, die uns sehr bereichert.

Dabei müssen wir das gemeinsame Tun, die Aktivität in den Vordergrund stellen. Oft hört man: »Wir treffen uns jeden Donnerstag um 19 Uhr.« Aber keiner sagt warum. Und genau das müssen wir umdrehen. Wir treffen uns nicht einfach am Donnerstag um 19 Uhr, sondern wir fischen, wir kochen, wir diskutieren und dafür treffen wir uns. Das ist auf allen Ebenen wichtig.

Jetzt habt ihr erklärt, was der gesellschaftspolitische Hintergrund dieses Projekts ist und warum die Sozialdemokratie auch organisatorisch profitieren kann. Aber wie können Menschen, die in Gruppen aktiv werden, partizipieren, wie können sie sich abseits der Aktivitätensetzung in die Politik einbringen?

Katzmair: Um da wieder auf die Freikirchen zu kommen: Diese haben klare und transparente Szenarien, wie man in der Struktur aufsteigen kann. Bei uns ist es so: Du kannst mit-

machen, dann gibt es ein Coaching-Angebot, es gibt eine Leadership-Ausbildung und dann ein »Train the Trainer«-Angebot. In dieser Ausbildung passiert in den Kirchen auch die ideologisch-kulturelle Bindung, das ist bei uns ein wenig anders. In den USA musst du die Bibel auswendig können, um in diese Programme zu kommen. Wir haben gefunden, es kann nicht Voraussetzung sein, die Parteischule absolviert zu haben, um mitzumachen. Aber natürlich ist meine Vision schon die, dass es mittelfristig für das Weiterkommen in der Partei wichtig ist, sich in diesem Bereich zu engagieren, dass das Reputationspunkte bringt. Auch deshalb, weil es ja um Aktivitäten geht, die einem selbst Spaß machen, die einem selbst gut tun.

Ein drängendes Problem der sozialdemokratischen Massenparteien in der Phase der Postdemokratie ist nach Colin Crouch ja eine Entfremdung zwischen einem von BeraterInnen und LobbyistInnen umgebenen Führungszirkel und der Parteibasis einerseits und der Parteibasis und der WählerInnenschaft andererseits. Dieses Projekt bietet jetzt auf den ersten Blick vor allem eine Antwort auf eine bessere Wiedervernetzung von Basis und WählerInnenschaft. Die Frage ist jetzt aber: Welchen Zugang und welchen Einfluss haben diese neue Strukturen auf die EntscheiderInnen in der Partei?

Deutsch: Wenn eine Gruppe das möchte, dann gibt es bereits jetzt auf Basis des aktuellen Parteistatuts die Möglichkeit, eine innerparteiliche Themeninitiative zu bilden. Wenn eine Gruppe sagt, wir wollen uns im Rahmen der innerparteilichen Willensbildung einbringen und in Gremien vertreten sein, Antrags- und Rederecht haben, dann ist die Gründung einer Themeninitiative eine konkrete Antwort darauf.

Wir reden hier jetzt von politischer Organisierung, die an den Interessen von Menschen ansetzen soll, gleichzeitig beschließt der Bundesparteitag das Ausscheiden mehrerer Neben- und Vorfeldorganisationen aus der Partei. Kann man das mit solchen Projekten kompensieren?

Deutsch: Diese Statutenänderungen sind die direkten politischen Folgen des Transparenzpakets, das beschlossen wurde. Unter diesem Gesichtspunkt ist unser Projekt natürlich noch

bedeutender geworden, als wir es bei seinem Start hätten erahnen können. Unabhängig davon wird es ganz wichtig sein, den Kontakt zu den Organisationen, die sich aus dem Statut verabschieden, nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern zu sichern.

Die abschließende Frage zum Projekt, das sich quer durch das Gespräch gezogen hat: Wo soll »Wir sind mehr« in einem Jahr stehen?

Katzmair: Einerseits geht es natürlich um eine weitere Professionalisierung der Serviceangebote und Unterstützung der Gruppen, andererseits auch um eine Erweiterung der Themen- und Gruppenvielfalt. Das Wichtigste ist aber denke ich, die politische Diskussion zu verstärken. Was wollen wir erreichen? Denn nur wenn Klarheit darüber besteht, wie grundsätzlich, wichtig und erfolgversprechend das Ganze ist, wird das weiter gut funktionieren. Es geht da sicher auch darum, »Opinion Leader« stärker in dieses Projekt zu involvieren und politisch zu diskutieren

Deutsch: Wir wollen die Vernetzung stärken, die Neugründung von Gruppen fördern, um möglichst viele Interessensgebiete abzudecken, und den gesellschaftspolitischen Background von »Wir sind mehr« deutlich machen.

Danke für das Gespräch!



CHRISTIAN DEUTSCH

ist seit 2008 Landespartei sekretär der SPÖ Wien.

HARALD KATZMAIR

ist Sozialwissenschaftler und mit seinem Unternehmen fas.Research im Bereich der Netzwerkanalyse tätig.

Das Interview führten
Ludwig Dvořák und Senad Lačević.

USA 2012



OUT OF THE MOUNTAIN
A STONE OF

CESSARY TO
UT



USA 2012

AIN OF DESPAIR,
HOPE



Die überschätzte Wahl

Anton Pelinka legt in sieben Thesen dar, warum Barack Obama in seinen Augen gute Chancen hat, ein zweites Mal in das in seiner Machtfülle überschätzte Amt des US-Präsidenten gewählt zu werden.

1. Wer immer die Wahl des US-Präsidenten am 6. November 2012 gewinnt – das Ergebnis wird keine bahnbrechende Weichenstellung für die Zukunft der USA sein können.

Wann immer die eher banale Frage aufgeworfen wird, wer denn der »mächtigste Mann der Welt« sei, wird mit Garantie von vielen, wohl von den meisten Befragten »der amerikanische Präsident« genannt. Diese Zuschreibung von extremer Macht führt allein deshalb schon in die Irre, weil die Rituale und Regeln der amerikanischen (wie jeder demokratischen) Politik den Präsidenten in ein enges Korsett sperren. Die jeweils letzten Ergebnisse der Meinungsforschung begrenzen den Spielraum des Präsidenten ebenso wie das Verhalten anderer, insbesondere auch internationaler Akteure.

Barack Obama hat eben das erfahren müssen: Mit besonders hohen Erwartungen und einer deutlichen Mehrheit 2008 gewählt, muss seine Kampagne 2012 vor allem mit Entschuldigungen und Vertröstungen arbeiten: Vier Jahre wären eben nicht genug, um entscheidende Änderungen durchsetzen zu können; und erst eine zweite Amtszeit würde dem Präsidenten die Möglichkeit gebe, seine Präsidentschaft mit einer besonderen Qualität auszuzeichnen. Dann wäre er vom Zwang befreit, um seiner Wiederwahl willen ständig Konzessionen machen zu müssen. Doch das ist Wunschdenken: Nicht zufällig gilt für einen Präsidenten in der zweiten Amtszeit das Wort von der »lame duck«; das Bild davon, dass ein Präsident, gerade weil er nicht mehr gewählt werden kann, viel von seiner Durchsetzungskraft gegenüber dem Kongress einbüßt.

2. Die Rolle des Kongresses

Die Überschätzung der Macht des Präsidenten geht mit einer Unterschätzung des Kongresses einher. Das politische System der USA ist durch »checks and balances« gekennzeichnet, durch

die – im Gegensatz zu den parlamentarischen Systemen Europas – klare Trennung zwischen Legislative und Exekutive. Der Präsident kann ohne den Kongress allein ebenso wenig die dieser ohne den Präsidenten.

Präsident und Kongress sind allein schon deshalb aneinander gebunden, weil das jährliche Budget vom Kongress beschlossen und vom Präsidenten unterzeichnet werden muss. Jedes Gesetz muss von beiden Häusern des Parlaments, vom Senat und vom Repräsentantenhaus, einvernehmlich beschlossen werden; und beide Häuser können jedes Veto des Präsidenten mit einer Zweidrittelmehrheit aufheben. Dazu kommt, dass nur selten die Partei des Präsidenten eine stabile Mehrheit in beiden Häusern besitzt; und dass die Parteidisziplin, auf die ein europäischer Regierungschef zur Sicherung einer ihm genehmen Parlamentsmehrheit bauen kann, im US-amerikanischen Parlamentarismus nur sehr eingeschränkt vorhanden ist.

3. Die Realität: »Split Government« als verschleierte Koalition

Der Präsident ist auf den Kongress und damit mehr oder weniger auch auf die Oppositionspartei angewiesen. Denn diese besitzt nur zu oft die Mehrheit in zumindest einem Haus des Kongresses – wie die Republikaner in den letzten zwei Jahren im Repräsentantenhaus. Zumeist steht, jedenfalls in den letzten Jahrzehnten, dem Präsidenten eine Oppositionsmehrheit in zumindest einem Haus des Kongresses gegenüber. Das bedeutet »split government« – der Präsident muss sich seine Macht mit der Oppositionspartei teilen. In der politischen Praxis muss daher jeder Präsident eine Verbindung zur Opposition kultivieren. Im Senat ist überdies eine Mehrheit von 60 (von 100) Stimmen notwendig, um das »Filibuster«, die unbeschränkte Verzögerung einer Materie durch eine Min-

derheit, überwinden zu können. Im politischen Alltag der USA besteht somit ein De-facto-Zwang zu einer nicht deklarierten Koalition: Der Präsident muss sich mit der Oppositionspartei arrangieren, um zumindest einen Teil seines Programms umsetzen zu können.

Wenn die Opposition ihre Stellung im Kongress dazu nützt, um den Präsidenten in allem und jedem zu lähmen und so zu schwächen – wie das die Republikaner in den letzten zwei Jahren machten –, ist der Entscheidungsprozess gelähmt. Eben deshalb ist die Wahl des Repräsentantenhauses und eines Drittels des Senats – ebenfalls am 6. November – ebenso wichtig wie die Wahl des Präsidenten. Denn die Kongresswahlen entscheiden über die Durchsetzungsfähigkeit, also über die Macht, über die der Präsident verfügt.

4. Die Chancen für Obama stehen gut – die demographischen Trends

Die Entwicklungen der letzten Wochen vor der Wahl deuten darauf hin, dass Obama sehr gute Chancen hat, wieder gewählt zu werden. Für Obama spricht der demographische Trend: Die Wählergruppen, die ihm überproportional zuneigen – Hispanics, Afro-Amerikaner, Frauen (und speziell unverheiratete Frauen), Junge (und besonders besser ausgebildete Junge) – haben gegenüber 2008 an quantitativem Gewicht zugelegt. Die Gruppen, in denen die Republikaner deutlich überlegen sind – »Weiße« und hier vor allem »weiße« Männer – haben an Zahl abgenommen. Die Wählerkoalition, für die Obama spricht – ethnische Minderheiten, Frauen, Junge – ist seit 2008 weiter gewachsen. Romney hingegen steht für allmählich schrumpfende Segmente der Gesellschaft.

Dazu kommt, dass Mitt Romney von Anfang an einen strategischen Startnachteil hatte. Um die Vorwahlen in seiner Partei zu gewinnen, musste er den extremeren Gruppen am Rande der eigenen Partei nach dem Mund reden: den Tea-Party-Aktivistinnen und den christlichen Fundamentalisten. Um am 6. November zu gewinnen, muss Romney aber nun die

politische Mitte für sich erobern – und bei der hat er durch seine Konzessionen an den rechten Parteiflügel aber Glaubwürdigkeit verloren. Obama konnte sich als amtierender Präsident den Vorwahlkampf ersparen und mit diesem diese Widersprüche vermeiden – zwischen einer Strategie, abgestellt auf extremere Strömungen der eigenen Partei, und einer Orientierung an der letztlich entscheidenden politischen Mitte.

5. Die Chancen für Obama stehen gut – die Trends in den »battleground states«

Der Präsident der USA wird nicht direkt gewählt. Direkt gewählt werden, jeweils in den 50 Staaten, die Mitglieder des »electoral college«, die dann den Präsidenten wählen. Da das Prinzip des »the winner takes all« gilt, können hauchdünne Mehrheiten in den einzelnen Staaten zum Gewinn relativ großer Stimmblöcke im »electoral college« führen. Da die Erfahrung (und die aktuellen Umfragen) zeigen, dass in den meisten Staaten eine »blaue« (demokratische) oder eine »rote« (republikanische) Mehrheit sicher erscheint, konzentriert sich der Wahlkampf auf die verbleibenden Staaten, die als »swing states« über die Mehrheit im »electoral college« und damit über den Präsidenten entscheiden. In den meisten Staaten wird ein Sieg Obamas (so in Kalifornien, in New York oder in Illinois) oder Romneys (etwa in Texas, in Kansas oder in Utah) als gegeben angenommen. Der Wahlkampf mit allen seinen vor allem auch finanziellen Energien ignoriert daher weitgehend die sicheren und konzentriert sich auf die unsicheren Staaten.

Ende September wiesen repräsentative Erhebungen in den neun »battleground states« entweder Barack Obama eine statistisch signifikante Mehrheit zu (in Ohio, Virginia, Wisconsin und Iowa), oder aber das Rennen war offen (in Florida, North Carolina, Colorado, Nevada, New Hampshire). In keinem dieser neun Staaten hatte Romney eine signifikante Mehrheit. Wenn in den noch verbleibenden Wochen nicht eine dramatische Trendwende einsetzt, wird Obama wiedergewählt werden.

6. Was der Präsident tut, ist weniger wichtig als das, was er ist

Die Erwartungen, die Obama 2008 geweckt hat, wurden teilweise, ja weitgehend enttäuscht. Diese Enttäuschung ist auch die Folge der Überschätzung der Macht des Präsidenten und der Unterschätzung der Macht des Kongresses. Da die Meinungsforschung wohl zu Recht davon ausgeht, dass ein wieder gewählter Obama nicht mit einer berechenbaren und stabilen Mehrheit seiner Partei im Kongress rechnen kann; dass es vielmehr wahrscheinlich ist, dass im Repräsentantenhaus die Mehrheit der Republikaner bestätigt wird – und im Senat sich das vorhandene Gleichgewicht zwischen den beiden Parteien fortsetzen wird, würde ein siegreicher Obama dieselben Grenzen vorfinden, an denen – vor allem in den letzten zwei Jahren – seine Ambitionen schon einmal gescheitert sind.

Warum sollte es aber dennoch Gründe geben, die Wiederwahl Obamas für wichtig zu halten? Zum ersten wäre ein demokratischer Präsident das Gegengewicht zu einer denkmöglichen, ja wahrscheinlichen republikanischen Dominanz im Kongress. Als Präsident kann Obama eine republikanische Hegemonie verhindern, die ein republikanischer Präsident im Bündnis mit einer republikanischen Kongressmehrheit herstellen würde. Vor allem aber würde Obamas Wiederwahl ein starkes Signal für ein multikulturelles, ein pluralistisches Amerika sein. Wenn die USA trotz der noch immer vorhandenen ethnischen und rassistischen Vorurteile einen afro-amerikanischen Präsidenten wiederwählen, stärkt dies das Selbstbewusstsein von Minderheiten generell und speziell das der Afro-Amerikaner. Die Wiederwahl Obamas würde in die Richtung eines postrassistischen Amerika weisen.

7. Die Gegenläufigkeit der Parteiensysteme – das US-amerikanische wird »europäischer«, das europäische »amerikanischer«

Der us-amerikanische Wahlkampf ist von einer auffällenden Polarisierung geprägt. Demokraten und Republikaner stehen einander als relativ geschlossene, ideologisch gefestigte Lager

gegenüber. Der Typus des »liberalen Republikaners« à la Nelson Rockefeller ist ebenso fast ausgestorben wie der Typus des die Südstaatentraditionen (einschließlich der Rassentrennung) hochhaltenden Demokraten. Liberale heute sind Demokraten – und die Traditionen der »Weißen« in den Südstaaten werden von Republikanern vertreten.

In den Lehrbüchern der Politikwissenschaft konnte man vor nicht allzu langer Zeit noch lesen, dass das europäische Parteiensystem von hoch ideologischen Klassen- und/oder Weltanschauungsparteien bestimmt würde, während die us-Parteien pragmatische Allerweltparteien (»catch all parties«) wären. Diese Gegenüberstellung hat sich geradezu ins Gegenteil verkehrt: Die europäischen Parteienlandschaft hat sich weitgehend amerikanisiert, zwischen pragmatischen Parteien der linken und der rechten Mitte sind prinzipielle Unterschiede oft nur schwer festzustellen. Das us-Parteiensystem hingegen scheint sich europäisiert zu haben: In allen programmatischen Fragen – etwa bezüglich der Rolle des Staates in der Wirtschaft oder des Stellenwertes der Religion in der Politik – steht eine klare Position der einen einer ebenso klaren Position der anderen Partei gegenüber. Und daran wird auch das Wahlergebnis des 6. November 2012 nichts ändern. 

ANTON PELINKA

ist Politikwissenschaftler. Nach einer Professur in Innsbruck und mehreren Gastprofessuren in den USA und Indien ist er heute an der Central European University in Budapest tätig.

Literatur

Skocpol, Theda: Obama and America's Political Future. Cambridge, MA, 2012.





USA 2012



Die US-Wahlen und die amerikanische Außenpolitik

In seinem Beitrag analysiert Günter Bischof, inwiefern die Vereinigten Staaten noch eine Weltmacht sind und wie diese Rolle der USA im laufenden Präsidentschaftswahlkampf reflektiert wird. Er untersucht die Sicht der beiden Präsidentschaftskandidaten und der US-Bevölkerung auf die Rolle der USA in der Welt. Während er die US-Bevölkerung und Obama bereit und in der Lage sieht, eine »post-amerikanische« Einschränkung der US-Hegemonie in der Welt zu akzeptieren, wäre dies trotz dessen isolationistischer Tendenzen von einem Präsidenten Mitt Romney nicht zu erwarten.

Im September 2012 fanden die beiden Parteikonvente in Tampa (Florida) und Charlotte (North Carolina) statt, in denen die Republikaner und Demokraten ihre jeweiligen Präsidentschaftskandidaten offiziell kürten. Während Mitt Romney im Winter und Frühjahr 2012 einen harten und kostspieligen Vorwahlkampf gegen ein halbes Dutzend Kandidaten austragen musste, wurde Präsident Barack Obama von keinem Demokraten herausgefordert und konnte sich deshalb die »Primaries« ersparen. Wer die beiden Parteikonvente mitverfolgt hat, musste sich wundern, ob die Amerikaner nach wie vor eine Supermacht seien, am Weltgeschehen Anteil nehmen, und überhaupt außenpolitische Interesse verfolgten.

In seiner Tampa-Rede (»acceptance speech«) sprach Romney kaum außenpolitische Themen an und erwähnte die Kriege im Irak und Afghanistan nur beiläufig und auch sonst ging kaum ein Redner auf außenpolitische Themen ein. Die Republikaner scheinen mit dem Isolationismus zu liebäugeln, wenn es um Außenpolitik geht, ist Romney unerfahren und ein Autist. Angetrieben vom rechten Flügel der »Tea Party« und der Evangelikalen schmort das konservative Amerika am Liebsten im eigenen Saft. Lediglich sein Vizepräsidentschaftskandidat Paul Ryan ist außenpolitisch noch blauäugiger als Romney. Obwohl Romneys außenpolitische Berater allesamt aus dem neokonservativen Lager stammen, scheint man sich von George W. Bush unilateraler Interventionspolitik zu distanzieren. Präventivschläge sind nicht mehr populär im Volk. Romney denkt in den Kategorien des Kalten Krieges und sieht Russland als die zukünftige geopolitische Herausforderung der USA, gleichzeitig möchte er der als unfair betrach-

teten Handelspolitik Chinas Paroli bieten. Romney spricht am liebsten vom amerikanischen Exzeptionalismus und attackiert Obama als »declinist«, also einen, der den Niedergang des amerikanischen Weltreiches in Kauf nimmt. Allgemeine Formeln dass Amerika immer noch das beste Land mit den hehrsten Werten auf dem Planeten ist, sollten von Romneys außenpolitischer Unbedarftheit ablenken. Er zieht sich auf schale Formeln zurück wie etwa: »Der Faden, der sich durch seine nationale Sicherheitsstrategie zieht, ist Amerikas Stärke. Solange Amerika Stärke zeigt, ist die Welt ein sicherer Platz.« (zitiert in Milne, 945)

KAMPF GEGEN DEN TERRORISMUS

Bei den Hauptrednern der Demokraten in Charlotte kamen wichtige außenpolitische Themen immer wieder zur Sprache. Präsident Obama betonte Kooperation in der Weltpolitik: »Rund um die Welt haben wir alte Allianzen gestärkt und neue Koalitionen geschmiedet, um die Verbreitung von Nuklearwaffen zu stoppen.« Er erwähnte den Kampf gegen den Terrorismus, den Rückzug aus Irak und den bevorstehenden Rückzug aus Afghanistan; seine Vorsicht im »arabischen Frühling«, seine markanten non-interventionistische Politik im libyschen Konflikt und im Bürgerkrieg in Syrien wurden nicht erwähnt; er bedankte sich bei den Soldaten für ihre Opfer – Themen, die vom außenpolitisch sehr erfahrenen Vizepräsidenten Joe Biden in seiner Rede verstärkt wurden. Senator John Kerry aus Massachusetts, der dem außenpolitischen Ausschuss des Senats vorsteht, hielt die vielleicht mitreißendste Rede in Charlotte. Der unterlegene Kandidat der Demokraten im Präsidentschaftswahlkampf 2004 gab die einzige de-

zidiert außenpolitische Rede. Er schilderte den dramatischen Ausgangspunkt von Obamas Präsidentschaft im Jahre 2008: »Unsere moralische Autorität war am Boden; Amerika war isoliert in der Welt; unsere Truppen waren zum Zerreißen ausgedehnt; Iran marschierte ungebremst auf eine Atombombe zu und Bin Laden war immer noch am Ränke schmieden.« Obama versprach, die Kriege im Irak und in Afghanistan zu beenden und die Boys nach Hause zu bringen, so Kerry, und konzentrierte sich scharf wie ein Laser auf Al-Quaida. Obama verhandelte auch mit den Russen über die Reduzierung von Nuklearwaffen und habe einen wichtigen Abrüstungsvertrag unterzeichnet. Obama habe Amerikas moralische Autorität wiederherstellt und die Folterung von Gegnern verboten. Kerry attackierte in seiner Rede Mitt Romney als »flip-flopper«, der in allen wichtigen außenpolitischen Punkten dauernd Kehrtwendungen mache – falls er überhaupt eine Meinung habe. Kerry riet Romney für die Fernsehduelle mit Obama zuallererst »die Debatten mit sich selber zu beenden«. Kerry machte sich auch lustig über Romney's holprige Reise nach London und Jerusalem: »For Romney an overseas trip was what you call it, when you trip all over yourself overseas.«

ANTI-AMERIKANISMUS

Es war gut, dass das amerikanische Publikum von den Demokraten daran erinnert wurde, dass es nach wie vor außenpolitische Interessen hatte. Der krude anti-islamische Amateurfilm aus Kalifornien holte die Amerikaner nämlich rasch wieder in die Wirklichkeit zurück. Wochenlang ging die islamische Welt auf die Straßen und protestierte gegen dieses inkohärente Machwerk, das sich Millionen auf Youtube angesehen haben. Eine massive Welle des Anti-Amerikanismus erinnert das amerikanische Publikum daran, dass es viele Feinde hat in der Welt, und mahnt an Samuel Huntingtons Analyse vom »clash of civilizations«. Bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen mussten sich die Amerikaner tagtäglich anhören, dass dieser primitive Anti-Islamismus, der frei über die sozialen Medien zirkulierte, intolerabel sei. Als der amerikanische Botschafter Christopher Stevens in Libyen in einem

Attentat, das vielleicht mehr mit dem 9/11-Jubiläum als mit dem kalifornische Video zu tun hatten, umkam, trat Romney ohne die Fakten des Attentats zu kennen, postwendend ins Fettnäpfchen, als er die Obama-Administration wegen ihrer Sympathie für die Attentäter und Protestler attackierte. Zudem scheint ein bedrohlicher Präventivschlag Israels gegen die iranische Atomanlagen nicht aus der öffentlichen Debatte zu verschwinden. Im Gegenteil, seit der *New Yorker* jüngst in einem Artikel die Hintergründe des Präventivschlags Israels 2007 gegen syrische Atomanlagen analysierte, wurde die Debatte neu angeheizt. Seit den endlosen und meist faden Fernsehdebatten im Vorwahlkampf, redet Romney einem solchen amerikanischen Militärschlag immer wieder das Wort.

Wie sieht die amerikanische Bevölkerung die zukünftige Rolle der USA in der Welt? Der laufende Wahlkampf reflektiert klar Amerikas Wende nach Innen. Umfragen des renommierten *Pew Research Center* ergeben, dass 83 Prozent der Amerikaner (86 Prozent der Republikaner und 80 Prozent der Demokraten) meinen, die Politik sollte sich mehr um die Probleme zu Hause als in Übersee kümmern. Das sind 10 Prozent mehr als im Jahre 2002. 81 Prozent der Bevölkerung meinen, der Präsident soll sich um die Innenpolitik kümmern; nur 9 Prozent verlangen, dass sein Fokus auf der Außenpolitik liegen sollte. Zwei Drittel der Amerikaner wollen keine Intervention im syrischen Bürgerkrieg, 63 Prozent jedoch sind bereit, im Iran militärisch zu intervenieren, um dort den Aufstieg zur Atommacht zu verhindern. Das Land denkt isolationistischer und Romneys auf Wirtschaftsfragen konzentrierter Wahlkampf spricht wohl auf diese Innenwende an.

WENIGER INTERVENTIONISMUS

Die sehr detaillierte jüngste Umfrage des *Chicago Council on Global Affairs* verfeinert dieses Bild der öffentlichen Meinung. Zehn Jahre Krieg im Nahen Osten mahnen zu weniger Interventionismus und kostengünstigeren Wegen, amerikanischen Einfluss in der Welt geltend zu machen. Die Amerikaner schwören dem fatalen und kostspieligen Unilateralismus der

Quellen

Obama's Charlotte-Rede: <http://www.npr.org/2012/09/06/160713941/transcript-president-obamas-convention-speech> (25. Sept., 2012) | Kerry's Charlotte-Rede: http://www.washingtonpost.com/politics/dnc-2012-john-kerrys-speech-to-the-democratic-national-convention-full-text/2012/09/06/bb73367e-f87c-11e1-a073-78d05495927c_print.html(25. Sept., 2012) | The Chicago Council on Global Affairs, Foreign Policy in the New Millennium (2012) http://www.thechicagocouncil.org/UserFiles/File/Task%20Force%20Reports/2012_ccs_Report.pdf (26. Sept., 2012) | Pew

Research Center for the People & the Press <http://www.people-press.org/topics/us-foreign-policy/> (26. Sept., 2012) | Fareed Zakaria, *The Post-American World* (New York: W. W. Norton, 2009) | David Makovsky, *The Silent Strike: How Israel bombed a Syrian nuclear installation and kept it secret*, *The New Yorker*, Sept. 17, 2012, 34-40 http://www.newyorker.com/reporting/2012/09/17/120917fa_fact_makovsky (20. Sept., 2012) | David Milne, Pragmatism or what? The future of us foreign policy, *International Affairs* 88:5 (2012): 935–951

Bush-Präsidentschaft ab und verlangen wieder mehr multilaterale Zusammenarbeit und Kostenteilung bei Interventionen (wie etwa in der NATO-Intervention in Libyen). Nicht nur die Kooperation mit den Alliierten wird wieder groß geschrieben, sondern auch der Einhaltung völkerrechtlicher Verträge und ein beherzter Interventionismus um Genozid und humanitäre Krisen zu verhindern. Der Mittlere Osten wird nach wie vor als der gefährlichste Krisenherd gesehen, aber selbst im Iran sollte eher diplomatische als militärische Lösungen angestrebt werden. Obamas Wende (»pivot«) nach Asien wird begrüßt, da Asiens – vor allem Chinas – Bedeutung in der Weltpolitik und Weltwirtschaft weiter zunehmen wird. Vor allem die Jungen (die »millenials« zwischen 18 und 21) und die unabhängigen Wähler wollen die USA in einer weniger aktiven Rolle in der Weltpolitik sehen, stellt der Chicagoer Umfrage fest. Die amerikanische Bevölkerung scheint also gleichzeitig sich einem Neo-Isolationismus zuneigen, schwört aber nach wie vor auf Interventionismus in wichtigen Fragen wie Irans atomare Aufrüstung. Man scheint sich mit der Wende zu einer »post-amerikanischen Welt« (F. Zakaria) abzufinden, in der verschiedene regionale Mittelmächte die amerikanische Hegemonie einschränken und zunehmend in Frage stellen.

»ENGEL DER NATIONALEN VERTEIDIGUNG«

Die vielleicht bemerkenswerteste Entwicklung in der amerikanischen Außenpolitik ist das Faktum, dass nun die Demokraten als die Partei der Stärke gelten, die die Sicherheit des Landes garantieren. Während des Kalten Krieges etablierten sich die Republikaner, angeführt von Präsidenten wie Dwight Eisenhower, Richard Nixon und Ronald Reagan, als die Partei der sicherheitspolitischen Stärke. Mit Bushs Präventivkriegsdoktrin und fatalen Abenteuern im Irak haben die Republikaner dieses Image verloren. Die Demokraten gelten nun als die »Engel der nationalen Verteidigung« (*Slate Magazine*). Romney verlangt eine Erhöhung des Verteidigungsbudget, Obama will es in den nächsten 10 Jahren um 500 Millionen kürzen und mehr Geld zu Hause ausgeben, »to do some nation building right here at home«, wie er in seiner Rede

in Charlotte sagte. Ein glaubhafter Präsidentschaftskandidat weiß um die Balance zwischen innen- und außenpolitischen Prioritäten.

Auch Obama hatte wenig außenpolitische Erfahrung als er 2008 ins Weiße Haus kam. Als eingeffleischter Pragmatiker lernte er rasch die Komplexität moderner Diplomatie kennen, scheute sich aber nicht vor kritischen Entscheidungen zurück, wie den Befehl Bin Laden zu töten, oder die Terroristen unablässig mit Drohnenattacken zu verfolgen. Die Revolutionen des »arabischen Frühlings« verfolgte er mit größter Vorsicht und hielt sich etwa bei der NATO-Intervention in Libyen zurück. Wie Präsident Reagan verfolgte er den Traum einer Welt ohne Nuklearwaffen (Milne, 942). Er verfolgt die Veränderungen in der Weltpolitik mit großem Interesse und ist bereit, den aufsteigenden Mächten in der Dritten Welt mehr Gewicht zuzugestehen. Auch ein wiedergewählter Präsident Obama würde sich auf eine post-amerikanische Welt einstellen können, was von einem Präsidenten Romney nicht zu erwarten wäre. 

GÜNTER BISCHOF,

ein gebürtiger Vorarlberger, ist der Marshall-Plan-Professor für Geschichte und Direktor des Center Austria an der Universität von New Orleans.

USA 2012





Amerika in vier Stationen

Sebastian Schublach bereiste mitten im Wahlkampf für mehrere Wochen die USA und schildert Eindrücke des politischen Klimas in vier sehr unterschiedlichen Gegenden im Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Reisen bildet. Und auch wenn es das nicht tut, hilft es, sich ein Bild von einem Land zu machen. Ein Bild, das mit der Anzahl der Reisen üblicherweise an Klarheit gewinnt. Ob dies auch für die USA gilt – es fällt mir schwer, dies nach meiner vierwöchigen Reise quer durch die Staaten zu beantworten. Zu groß das Land, zu unterschiedlich die Menschen und Regionen, die *mind-sets*, die Denkart. Im Grund ist es mehr als ein Land – und es ist voller Widersprüche. Vor allem politischer Natur. Eines, in dem noch viele unergründete Gebiete warten: wie etwa der sagenumwobene *Bullshit Mountain*. Aber dazu später.

»Das Land ist tief gespalten.« Wenn auch die Wirklichkeit komplexer ist als diese in zahlreichen US-Wahlkolumnen vortragene Binsenweisheit, scheint die Aussage im Kern zutreffend. Nicht nur politisch wachsen die Gegensätze, der Grad der sozialen Ungleichheit ist auf den der 1920er zurückgefallen. Laut offiziellen Zahlen haben 47 Millionen Menschen 2010 in Armut gelebt, fast 10 Millionen mehr als drei Jahre zuvor – während das Vermögen der Reichsten weiter anwuchs. Ein Trend, der anhält. Und was macht die Politik?

»Die hat verlernt, Kompromisse zu schließen«, höre ich immer wieder. Die Parteien können nicht mehr mit-, sondern nur mehr gegeneinander reden. Es gibt kein Grau und schon gar kein Bunt, nur mehr Schwarz oder Weiß. Ein aufeinander Zugehen wird, meist von rechter Seite, als politische Niederlage gewertet. Noch selten war das Vertrauen in das politische Establishment so gering wie vor diesen Wahlen. Vier Jahre der Fundamentalopposition der RepublikanerInnen haben ihre Spuren hinterlassen. Vier Jahre hat das Ziel der einstigen »Grand Old Party« darin bestanden, die Arbeit der Obama-Administration nach allen Regeln der politischen

Kunst zu obstruieren. »Filibuster« ist eines der beliebteren Werkzeuge aus dem Fundus der republikanischen Giftschränke. Die Strategie, Gesetzesbeschlüsse mit Endlosreden zu verzögern, ist zwar keineswegs eine Erfindung oder Alleinpatent der RepublikanerInnen, seit 2007 kam es aber zu einer wahren Filibuster-Explosion: 360-mal mussten die DemokratInnen dieser Verzögerungstaktik ein Ende setzen.

Was die politische Kultur aber nachhaltig schädigt und an den Rand des Kollapses bringt, sind die medialen Auseinandersetzungen und die Polarisierungen innerhalb der Partei(en). Die bekanntesten Beispiele sind *Fox News* und die Tea Party. Seit Obama ins Weiße Haus gezogen ist, hat eine rhetorische und politische Radikalisierung stattgefunden, die das Land in eine Selbstblockade geführt hat. Die RepublikanerInnen von heute haben mit der Partei des Abraham Lincoln, in der auch liberale und gemäßigte Konservative ihren Platz fanden, wenig gemein. Die republikanische Partei der Gegenwart ist innerlich zerrissen, leidet an der Spaltung zwischen sozialkonservativen und fiskallibertären Kräften, zwischen fundamentalen Christen (siehe Rick Santorum) und radikal-liberalen Marktgläubigen (siehe Ron Paul). Und es wird zunehmend schwieriger, diese inneren Widersprüche zu überwinden und die Interessen möglichst aller Flügel zu bedienen. Mitt Romney wirkt auch deswegen oft wie ein Getriebener, der häufig seine Positionen wechselt und damit seinem Ruf als Flip-Flopper alle Ehre macht. Aber müsste nicht gerade deswegen Obama leichtes Spiel haben?

ERSTER HALT: WASHINGTON D.C., ODER: IM AUGEN DES (SHIT-)STURMS

Die erste Station meines *Race Across America* ist Washington. Es ist Juni, der Höhepunkt der Hitzewelle und nur zu ver-

ständig, warum die vielen BesucherInnen der *Capital Pride* so spärlich bekleidet sind. Widersprüchliches, soweit das Auge reicht: den schweißtreibenden Temperaturen zum Trotz werben Skigebiete für ihre *Gay Ski Weeks*; und verschiedenste Kirchen und Religionsgemeinschaften buhlen um die Gunst der Pride-TeilnehmerInnen. Manche Kirchen in der Stadt haben nicht nur sinnbildlich die Regenbogenfahne gehisst, sondern heißen Interessierte mit *We are open to everyone*-Bannern willkommen. Ob diese Offenheit einer tiefen Überzeugung und Toleranz, dem harten Wettbewerb der Kirchen untereinander oder beidem geschuldet ist, bleibt unklar. Die Stimmung auf der Pennsylvania Avenue, die das Weiße Haus mit dem Kapitol verbindet, ist ausgelassen.

Doch etwas hat sich in den letzten Jahren in dieser Stadt verändert. Die Luft ist nicht mehr so hoffnungsgetränkt, die Menschen nicht mehr euphorisiert vom ersehnten Wandel. Es ist kaum vorstellbar, dass – ungeachtet des Ausgangs der Präsidentschaftswahlen – ein weiteres Mal Millionen der Jänner-Kälte trotzen werden, um der präsidialen Angelobung beizuwohnen. Vier Jahre zuvor habe ich an diesem Tag auf der Mall ein älteres Ehepaar getroffen, das, eingehüllt in Schlafsack und Winterjacken, sechs Stunden bei Minusgraden ausgeharrt hatte, um den historischen Moment miterleben zu können. Heute herrscht Ernüchterung. Eine übertriebene Erwartungshaltung ist an den politischen Kräfteverhältnissen – auch innerhalb der Demokratischen Partei –, an den geopolitischen Realitäten und nicht zuletzt an der andauernden Wirtschaftskrise zerschellt. Auf die Inauguration-Party vom 20. Jänner 2009 folgte ein langer Kater.

In den für D.C. typischen, überklimatisierten Räumen hatte ich Gelegenheit, mit Think Tanks, Lobbygruppen, Mitarbeitern von Abgeordneten und SenatorInnen sowie Journalisten zu sprechen. So divergierend die Weltanschauungen und Analysen waren, so gab es doch in allen Gesprächen wiederkehrende Motive: der schleichende Niedergang Europas, die zerfahrene Situation im Nahen Osten, die verheerenden

Folgen der Kriege im Irak und in Afghanistan und die unabsehbaren Konsequenzen eines Angriffs auf den Iran. Und oft scheint es, als sei der Blick über den Atlantik eine gefundene Ablenkung von innenpolitischen Problemen. Bestärkt wurde dieser Eindruck durch die Tatsache, dass die wenigsten meiner GesprächspartnerInnen wussten, dass die US-Schuldenquote jene der EU-Staaten um 20 Prozentpunkte übersteigt. Obama hat den historisch höchsten Schuldenstand von Bush übernommen und kämpft weiterhin mit den Konsequenzen, ein Abbau des Billionen-Dollar-Bergs rückt mit den aktuellen Wirtschaftsdaten in weite Ferne.

Vor den Wahlen hat außerdem der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit höchste Priorität – die meisten sagen mir, dass eine Arbeitslosenquote von 11 Prozent eine Wiederwahl verunmöglichen würde. In dieser Statistik sind übrigens jene nicht erfasst, die die Hoffnung auf Anstellung schon aufgegeben haben. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 17 Prozent, wobei diese Zahl etwa für junge AfroamerikanerInnen doppelt so hoch ist – Tendenz steigend.

NEXT STOP: LINCOLN, ODER: WO DIE PRÄRIE ZUR KORNBAMMER DER WELT WURDE

In Lincoln, Nebraska, scheint die Welt hingegen noch heil. Keine Spur von Wirtschaftskrise, Depression oder Niedergang. Die Zahl der Arbeitslosen ist fast unverändert gering, sogar ein neues Footballstadion für die lokalen *Corn Huskers* wird gebaut. Es ist ein anderes Amerika als jenes, das wir in Europa vor Augen haben. Es ist nicht das Amerika der sozialen Verwerfungen, der maroden Infrastruktur und der schrumpfenden Mittelschicht. Nebraska ist eine Region, die erst vor gut 150 Jahren von deutschen, skandinavischen und tschechischen Einwanderern mit Hilfe des *Homestead Act* erschlossen wurde. Ich sehe das nicht nur in der Architektur, in den vereinzelt noch in schwedenrot gehaltenen Holzhäusern, sondern auch im örtlichen Telefonbuch. Der Bürgermeister heißt Beutler, der Gouverneur Heinemann.

Warum geht die Krise an Lincoln, der Hauptstadt von Nebraska, scheinbar spurlos vorüber? »Essen müssen die Leute immer«, höre ich mehr als einmal. Und tatsächlich: Was früher weite Prärien waren, sind heute Soja- und Maisfelder, die zusammen etwa die doppelte Fläche von Österreich ergäben. »Und tanken müssen sie auch«, wäre eine nicht unwesentliche Ergänzung, denke ich mir – immerhin werden etwa 40 Prozent der amerikanischen Maisernte für die Treibstoffproduktion, euphemistisch *Bio-Fuel* genannt, verwendet. Angesichts der historischen Dürre, die die Getreidepreise in die Höhe schnellen ließ, war es für Nebraska von Vorteil, auf riesigen Grundwasserseen zu sitzen – man kennt die Bilder der kreisrunden, bewässerten Felder.

Ich fühle mich ein wenig wie in einer Parallel-USA, was nicht nur den wirtschaftlichen Kennzahlen geschuldet ist. Nebraska ist auch in politischer Hinsicht anders: Als einziger Bundesstaat verfügt es über ein Einkammersystem. Und als einziges bundesstaatliches Parlament der USA ist die *Nebraska Legislature* nicht parteilich (*non-partisan*), sprich die KandidInnen treten nicht auf Parteilisten an und es ist auf den Stimmzetteln nicht ersichtlich, ob jemand der demokratischen oder republikanischen Partei angehört.

Das heißt freilich nicht, dass sie völlig unabhängig sind oder so agieren. Aber es soll ein Versuch sein, politische Arbeit jenseits von Parteigrenzen zu ermöglichen. Verstärkt werden soll dies durch geheime Abstimmungen, die auch Gesetzesinitiativen der Minderheitenparteien größere Chancen auf Akzeptanz ermöglichen sollen. So kurios diese Regelungen in meinen österreichischen Ohren klingen, sowohl die BürgerInnen als auch die PolitikerInnen, mit denen ich sprechen konnte, sind stolz auf diese Eigenheit aus dem frühen 20. Jahrhundert – und überzeugt, dass sie für Nebraska von Vorteil ist. Spannend ist im Vergleich dazu, welches Misstrauen der Regierung in Washington entgegengebracht wird, wie groß die Angst vor dem »bevormundenden Staat«. Wenn über D.C. gesprochen wird, klingt das, als ist von einer weit entfernten,

fremden Macht die Rede, die sich am besten in nichts einmischen soll (von der Landesverteidigung abgesehen). Einmal mehr frage ich mich, ob hier noch ein Rest Siedlermentalität durchschlägt.

DRITTE STATION: PORTLAND, ODER: WO SICH DAS GRÜNE GEWISSEN AMERIKAS VERSTECKT

Weiter gen Westen, in Portland, Oregon, sieht die Welt wieder anders aus. Portland wird als die europäischste Westküstenstadt beschrieben, was vermutlich dem öffentlichen Verkehrsnetz, dem hohen Fahrradanteil und der funktionierenden Mülltrennung geschuldet ist. Wenn ich erzähle, dass ich gerade aus dem mittleren Westen komme, ernte ich mitleidige Blicke. Portland ist wie eine Antithese zu Lincoln: urban, grün, liberal. Portland ist neben Seattle die Hauptstadt der Hipster. Ein Refugium für Neo-AussteigerInnen und (Lebens-)KünstlerInnen. Eine Stadt mit ökologischem Bewusstsein, hoher Arbeitslosigkeit und sehr viel Regen. Ich treffe unter anderem eine Vertreterin einer Umwelt-NPO. Die Bilanz von Obama sei im Bezug auf den Klimaschutz und grüne Energie furchtbar, er habe sich für die *Health Care Reform* entschieden. Es sei eine politische Entweder-Oder-Entscheidung gewesen, beides auf einmal war schlicht nicht machbar. Aber sie gibt die Hoffnung nicht auf, dass in der zweiten Periode viel besser werde. Zur Zeit habe Oregon große Probleme mit wachsenden Fällen von Autismus und Krebserkrankungen, deren Ursachen nicht geklärt sind. Und mit gentechnisch »optimierten« Lachsen, die aus den Fischfarmen ausgebrochen sind und sich jetzt mit Wildlachsen paaren (woraufhin mein persönlicher Speiseplan um eine Zutat ärmer wurde).

Eines wird in den Gesprächen klar: Umweltschutz ist und bleibt in den USA ein Randthema, der Widerstand der Unternehmen gegen strengere (und teure) Auflagen ungebremst. Dazu kommt, dass grüne Themen politisch eindeutig besetzt sind – was sogar soweit geht, dass die RepublikanerInnen bzw. die Tea Party Bildung zu Umweltthemen in Schulen strikt ablehnen. Das überrascht mich nicht in einem politischen

Umfeld, in dem es in weiten Teilen noch als ideologisches Hirngespinnst gilt, dass der Mensch Einfluss auf den Klimawandel hat. Mehr als 40 Prozent der AmerikanerInnen sind überzeugt, dass die Menschheit mit den derzeitigen Klimaveränderungen nichts zu tun hat.

Portland ist eine moderne Stadt und ein Magnet für viele junge Menschen. Das mag eher dem breiten (sub-)kulturellem Angebot geschuldet sein als den rosigen Jobaussichten. Armut ist stets präsent und sichtbar. Vieles erinnert mich an Berlin, von günstigen Wohnräumen bis zu einer ausgeprägten *Fixed-Gear-Szene* und alternativen Kunstprojekten. Eine gute Einstimmung auf die nächste und letzte Station meiner Reise.

ENDSTATION: NEW YORK, ODER: WO ALLES BEGANN

So groß die Distanz zu Portland, so zahlreich auch die Ähnlichkeiten. New York City dient immer noch als Sinnbild für Amerikas Größe, Vielfalt und Selbsterneuerungskraft. Die Stadt, die niemals schläft, ist Amerikas Fenster zur Welt. Und auch der Ort, an dem der erste Dominostein gefallen ist, der die Finanzkrise ins Rollen brachte.

Außenpolitik ist hier ein bestimmendes Thema, und eines wird klar: Der Tenor hat sich in den letzten Jahren geändert, man setzt wieder vermehrt auf Diplomatie. Was ich mir immer wieder vor Augen halten muss: Das Land befindet sich im längsten Kriegszustand seiner – nicht gerade von Pazifismus geprägten – Geschichte. Diese 11 Jahre haben nicht nur im nationalen Haushalt, sondern auch in den Köpfen der Menschen Spuren hinterlassen. Viele sind kriegsmüde, haben genug von militärischen Interventionen am anderen Ende der Welt, die nur wenige herzeigbare Erfolge zeitigen und sehr viel Geld verschlingen. Geld, das gerade jetzt an anderer Stelle fehlt. Ein Jahrzehnt der Kriege produziert nicht nur auf der »anderen Seite« viele Opfer. Viele VeteranInnen, die sich durch den Eintritt in die Armee den sozialen Aufstieg erhofft haben, sind nach ihrer Heimkehr traumatisiert und ohne Perspekti-

ven auf dem harten Boden der Realität aufgeschlagen. Die Regierung fährt mit Slogans wie *Ready for deployment – Ready for employment*. großangelegte Kampagnen für ihre Wiedereingliederung. Umso befremdlicher ist die außenpolitische Linie der republikanischen Wahlkampfmaschinerie. Die Vorstellung, mit Cowboysprech und Drohgebärden internationalen Konflikten beikommen zu können, hoffte ich überwunden.

AUSSTEIGEN BITTE!

Es ist paradox. Nirgendwo werden Wahlen mit einem vergleichbaren medialen Feuerwerk – und das über so lange Zeiträume hinweg! – begleitet. Keine Kleinigkeit, kein noch so unbedeutamer Wortfetzen bleibt unkommentiert – die große Politshow braucht unentwegt neues Material, um der immer kürzeren Aufmerksamkeitsspanne der Medien und deren Publikum gerecht zu werden. Noch nicht einmal historische Entscheidungen, wie etwa das Urteil des Obersten Gerichtshof zur Gesundheitsreform, haben eine Halbwertszeit von mehr als einem Tag.

Intensiviert wird der mediale Wahl-Wahnsinn durch das Aufkommen der sogenannten Super-PACs – den *Political Action Committees*. Mit diesen politischen Vereinen können Parteien seit einem umstrittenen Urteil des Obersten Gerichtshofs die Spendenobergrenzen und Transparenzregeln ganz legal umgehen. Dies macht den Wahlkampf zum teuersten der Geschichte und die Kandidaten noch abhängiger vom großen Geld. Er wird bis zum Wahltag am 6. November bis zu sechs Milliarden Dollar gekostet haben. Ein Wahlkampf wohlgehemmt, der sich auf einige wenige unentschiedene *Swing States* konzentriert und insgesamt auf lediglich 5–7 Prozent der Wahlberechtigten konzentriert, die einem medialen Dauerbeschuss ausgesetzt werden.

Es erschiene auf den ersten Blick logisch, dass die Polarisierung zu einer Politisierung der Bevölkerung führt und folglich das politische Engagement beflügelt. Das Gegenteil ist aber der Fall. Die Verdrossenheit nimmt zu, der Grad

politischer Partizipation ab – der stete Niedergang der Gewerkschaften ist nur ein Beleg für diese Entwicklung. Die Polarisierung beflügelt vielmehr die Lügenbereitschaft der Präsidentschaftskandidaten, die bewusste Fehlinformation und ein immer skrupelloseres *Negative Campaigning*.

Die republikanische Partei und deren rechter Rand um die Tea Party haben diese Strategien perfektioniert – und sich, gemeinsam mit nahestehenden Medien, ihre eigene Welt geschaffen: Den *Bullshit Mountain*. Dieses Motiv ist eine Kreation des ebenso genialen wie erfolgreichen liberalen Politsatirikers Jon Stuart. Auf *Bullshit Mountain* kann behauptet werden, was gefällt. Ungeachtet jedweder Faktenlage. Die BergbewohnerInnen, meist älter, weißer, religiöser und männlicher als der Durchschnitt Amerikas, haben sich, aus Angst vor gesellschaftlichem Abstieg, Überfremdung und staatlichem Sozialismus in ihre eigene Realität geflüchtet. Beispiel? Mehr Fox-SeherInnen glauben, dass der us-Präsident Muslim ist, als daran, dass es so etwas wie Evolution gibt. Und sind durch nichts davon zu überzeugen, dass Obama in den USA geboren wurde.

Die Kombination von sozialdarwinistischen Ansätzen und der calvinistischen Überzeugung, Gott belohne die Tüchtigen und bestrafe die Müßigen, ergibt eine gefährliche Gemengelage. Solidarität verschwindet aus dem politischen Wortschatz und wird durch die Wut auf die Opfer der Krise ersetzt. Kurioserweise werden auch noch »überbordende« öffentliche Sozialausgaben für die exorbitante Staatsverschuldung verantwortlich gemacht. Mitt Romneys Sager, 47 Prozent der AmerikanerInnen seien *slackers*, Nichtsteuer, die dem Staat auf der Tasche liegen, kann in diesem Zusammenhang nicht als bloßer Ausrutscher gewertet werden (dass er an die Öffentlichkeit gelangte, war allerdings so nicht geplant).

Ich kann nicht sagen, ob es *Bullshit Mountain* bei meiner nächsten Reise in die Staaten noch geben wird und falls ja, ob seine EinwohnerInnenzahl bis dahin anwächst oder zurück-

geht. Ich kann nur hoffen, dann auch das ein oder andere *Occupy-Valley* zu entdecken.



SEBASTIAN SCHUBLACH

ist Mitarbeiter am Dr.-Karl-Renner-Institut und bereiste im Rahmen eines internationalen Austauschs des us-State Departments die USA.

USA 2012





USA 2012



Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich I

In einer umfassenden neuen Studie hat die Österreichische Nationalbank die Vermögensverteilung in Österreich untersucht. Co-Autor Martin Schürz zieht im vorliegenden Beitrag sein persönliches Resümé der wichtigsten Studienergebnisse. In Heft 10/2012 erscheint aufgrund des Umfangs nur der erste Teil der umfassenden Analyse, der zweite Teil wird in ZUKUNFT 11/2012 erscheinen.

Menschen erwerben Vermögen auf zwei Arten: Sie sparen es aus ihrem Einkommen oder sie bekommen es von anderen Personen geschenkt oder vererbt. Die Möglichkeit des Diebstahls wird im Folgenden vernachlässigt.

Eine rationale Debatte zur Vermögensverteilung war in Österreich jahrzehntelang vermieden worden. Gemutmaß wurde, dass die Vermögensungleichheit nicht so groß sei. Die Einkommen in Österreich seien ja relativ egalitär verteilt, warum sollte es daher beim Vermögen anders sein? Es gebe zudem gar nicht so viel Reiche in Österreich, dass dieses Thema Aufmerksamkeit verdiene. Diese Unkenntnis der Fakten begünstigte eine Führerschaft der Vermögenden in Verteilungsdebatten. Gleichzeitig wurden die Reichen von der Politik durch die Abschaffung der Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer massiv begünstigt.

Nun liegen erstmals Vermögensdaten zu Österreich vor. Die Daten der OeNB-*Household Finance and Consumption Survey* (HFCS) des Eurosystems sind von der Europäischen Zentralbank (EZB) validiert worden und der Bericht wurde vom weltbesten Vermögensexperten der US Notenbank FED, Arthur Kennickell, begutachtet (www.hfcs.at).

Bislang war die Ungleichheit in Österreich an den Arbeits-einkommen unselbstständig Beschäftigter gemessen worden. Und nur am Rande war vermerkt worden, dass die Einkommen der Selbstständigen ungleicher verteilt seien und man zu den noch ungleicher verteilten Vermögenseinkommen fast nichts wisse und zum Vermögen selbst schon überhaupt nichts wissen könne.

Vermögensungleichheit ist gesellschaftspolitisch in vielerlei Hinsicht wichtiger als Einkommensungleichheit, denn Vermögensungleichheit dokumentiert Ungleichheiten in der Vergangenheit (reiche Eltern – arme Eltern) und in der Zukunft (fehlende Chancen der Armen und ein Übermaß an Möglichkeiten der Reichen). Vermögenskonzentration verunmöglicht demokratische Entscheidungsprozesse und die enorme Vermögensungleichheit enthüllt den Ideologiecharakter des Prinzips der Chancengleichheit.

WESENTLICHE ERSTE ERGEBNISSE DES HFCS

Österreich ist kein egalitäres Land. Die Geschichte von einer im internationalen Vergleich relativ niedrigen sozialen Ungleichheit wird zu einer Mär, wenn man die Vermögensverhältnisse berücksichtigt. Während die unteren 10% weniger als 1.000 Euro besitzen, halten die oberen 10% mehr als 542.000 Euro. Der Ginikoeffizient für das Nettovermögen liegt bei 0,76. Dies ist ein hoher Wert; hoch im Vergleich zur Einkommensverteilung in Österreich und hoch im Vergleich zur Vermögensverteilung in anderen Ländern.

Markus Marterbauer hat vorgeschlagen, die Mitte vom 10. Perzentil bis zum 90. Perzentil reichen zu lassen. Beim Einkommen wäre eine so definierte Mitte überschaubar. Beim Vermögen hingegen wird eine solch breite Mitte zu einem Wimmelbild. So zeigt P90/P10 mit einem Wert von 581,1 eine beträchtliche Spreizung zwischen unten und oben auf. Dies bedeutet, der reichste Haushalt in der Mitte (90. Perzentil) hat 581-mal so viel wie der ärmste in der Mitte (10. Perzentil) und dies ohne die Reichen und die Armen berücksichtigt zu haben. Dieses Auseinanderklaffen zwischen Oben und Unten kann nicht über Leistungsunterschiede begründet

werden, dafür liegen Arm und Reich schlicht zu weit auseinander. Deswegen sprechen Reiche, welche das Leistungsprinzip gemeinhin rhetorisch feiern, lieber über Einkommen als über Vermögen.

WAS IST VERMÖGEN?

Finanzvermögen (Girokonto, Sparbuch, Bausparvertrag, Lebensversicherung, Aktien, Anleihen usw.) plus Sachvermögen (Immobilien, Autos, Schmuck, Unternehmensbeteiligungen usw.) ergibt das Bruttovermögen. Abzüglich der Verschuldung resultiert das Nettovermögen.

Vermögen kann für Konsumausgaben verwendet werden und dient als Notgroschen für schwierige Zeiten. Sachvermögen kann selbst genutzt werden. Mit einem ansteigenden Vermögen wächst auch die Zahl der möglichen Vermögensfunktionen. So dient Vermögen zur Erreichung von sozialem Status und kann verschenkt oder vererbt werden. Große Vermögen, insbesondere Unternehmensvermögen, verleihen ihren Besitzern wirtschaftliche und politische Macht. Vermögende werden letztlich sogar die Art und Weise, wie in einer Gesellschaft über Vermögensverteilung diskutiert wird, prägen.

Der Einwand mancher Vermögender, dass Vermögen nur am Papier bestehe, aufgrund von Bewertungsproblemen ohnehin falsch erfasst werde und dass manche Wälder oder Unternehmensbeteiligungen unverkäuflich seien, ist irreführend. Reiche haben ein diversifiziertes Portfolio. Und sogar wenn die Werte aller Vermögenskomponenten gleichzeitig in den Keller fielen – eine Immobilienkrise mit einem Börsensturz, einer Bankenkrise und einer Rezession einhergeht –, könnten Vermögende warten und müssten nicht veräußern.

Dies kennzeichnet eben die Bestandscharakteristik von Vermögen. Arbeitseinkommen hingegen kann durch Entlassung sofort verloren gehen und am Arbeitseinkommen hängt bei den vermögensschwachen Armen fast alles. Die

Reichen haben hingegen neben hohen Arbeitseinkommen beträchtliche Vermögenseinkommen und eine Vielzahl von Vermögensformen.

Eine andere Kritik, die sofort nach Veröffentlichung der OENB-Studie geäußert wurde, lautet, dass die Pensionsansprüche nicht einbezogen wurden. Diese Kritik ist falsch: Pensionsvermögen wurde im HFCS erfasst. Nur kennen viele Menschen die Höhe ihres Pensionsvermögens nicht und Pensionsvermögen ist eine problematische Vermögensform, die sich etwa von Immobilien grundlegend unterscheidet. Denn Grundstücke kann man verkaufen, die eigenen künftigen Pensionsansprüche hingegen nicht.

Der Median des Nettovermögens in Österreich liegt bei 76.000 EUR und der Mittelwert bei 265.000 EUR. Damit fällt der Durchschnitt erst ins 8. Dezil. Mehr als drei Viertel der Haushalte in Österreich verfügen über weniger Nettovermögen als der Durchschnitt. Allein vom durchschnittlichen Vermögen zu sprechen, hieße drei Viertel der Bevölkerung auszublenden. Die Rede vom durchschnittlichen Österreicher ist (gezielt) irreführend.

SACHVERMÖGEN

Der Hauptwohnsitz befindet sich bei rund 48% der Haushalte zumindest teilweise im Eigentum. Der Median liegt bei 200.000 EUR und der Durchschnitt bei 258.000 EUR. Es handelt sich um die wichtigste Sachvermögenskomponente, wenn das Volumen (Verbreitung multipliziert mit dem Mittelwert) berücksichtigt wird.

Autos sind die am weitesten verbreitete Form des Sachvermögens. Fast drei Viertel der Haushalte in Österreich verfügen über mindestens ein Kraftfahrzeug. Im Durchschnitt beträgt der Wert dieser Kraftfahrzeuge rund 13.000 EUR. Eine Mittelwert-Median-Ratio von 1.6 signalisiert eine relativ gleichverteilte Komponente. Weiteres Immobilienvermögen – ohne den Hauptwohnsitz des Haushalts – besitzen

rund 13 %. Hierzu zählen Häuser, Wohnungen und unbebaute Grundstücke. Immobilienvermögen von Landwirten, das Teil des landwirtschaftlichen Betriebs ist, wird als Teil von Unternehmensbeteiligungen erfasst. Unternehmensbeteiligungen werden von weniger als 10% der Haushalte gehalten. Hierbei handelt es sich um direkte Unternehmensbeteiligungen, in denen mindestens ein Haushaltsmitglied aktiv tätig ist. Mit einem Mittelwert von 731.000 EUR, der mehr als das Vierfache des Median ausmacht, ist diese Subkomponente sehr ungleich verteilt.

Etwa ein Viertel der Haushalte halten andere Wertgegenstände. Dabei handelt es sich um Gold, Kunstgegenstände, Schmuck, Sammlungen, etc. Die Werte in dieser Kategorie sind mit einem Median von 3.900 EUR eher niedrig.

FINANZVERMÖGEN

Innerhalb des Finanzvermögens zählen die risikoreicheren Anlagen, die nur wenige haben, zu den ungleicher verteilten Anlageinstrumenten. Die am weitesten verbreitete Subkomponente des Finanzvermögens ist gleichzeitig jene, wo am wenigsten drauf ist, nämlich das Girokonto. Sparkonten, d. h. Sparbücher, Bausparverträge und Lebensversicherungen, sind bekanntlich die am weitesten verbreitete Sparvariante. Rund 87% der Haushalte verfügen über mindestens ein Sparkonto. Der Median auf Sparkonten liegt bei 11.700 EUR und der Mittelwert bei 30.000 EUR.

Rund 55% der Haushalte verfügen über mindestens einen Bausparvertrag und 38% der Haushalte über eine Lebensversicherung. Eine weitere Finanzvermögenskategorie bildet Geld, das Personen dem Haushalt schulden. Über 10 Prozent der Haushalte geben an, Geld an andere verliehen zu haben. Mit einem Mittelwert von 15.800 EUR handelt es sich vom Volumen betrachtet um eine Größe, die etwa mit jener des in Aktien veranlagten Finanzvermögens vergleichbar ist. Denn de facto werden Aktien nur von 5% der Haushalte gehalten. Auf den im Vergleich zu Sparbüchern risikoreicheren An-

lagen finden sich beträchtliche Werte. Der Median liegt bei 7.100 EUR und der Mittelwert bei 27.000 EUR.

Während nahezu alle Haushalte etwas an Finanzvermögen besitzen, halten nur rund 85% der Haushalte Sachvermögen. Doch im Vergleich zum Sachvermögen sind die Werte des Finanzvermögens relativ niedrig. Dies hat zwei Ursachen: erstens dominiert tatsächlich die Sachvermögenskomponente, von der Größe betrachtet, das Nettovermögen; und zweitens wird gerade das Finanzvermögen in freiwilligen Haushaltserhebungen untererfasst. Hier finden sich im – von der HFCS-Erhebung nicht adäquat erfassten – TOP-1% enorme Volumina.

Nur etwas mehr als ein Drittel der Haushalte in Österreich ist verschuldet. Doch auch die Schuldnerhaushalte fallen in reiche und arme Schuldner auseinander. Die mit Abstand stärkste Verschuldungsform ist jene in besicherten Krediten zur Finanzierung des Hauptwohnsitzes. Dieser Form der Verschuldung steht demnach ein Sachwert gegenüber. Verschuldung geht meist mit einem hohem Vermögen und einem hohen Einkommen einher. Man kann daher nicht einfach die Verschuldeten den Armen gleichsetzen.

Jene Haushalte, die besonders durch Verschuldung belastet sind, bilden eine andere Gruppe. Einkommensschwächere Haushalte haben Konsumkredite, die absolut gesehen verhältnismäßig niedrige Beträge aufweisen. Aber die Belastung wird angesichts niedriger Einkommen groß sein. Diese Zweiteilung schafft Verwirrungspotential. Vereinfacht gesagt, die überschuldeten Armen ähneln nicht den Fremdwährungskreditnehmern in Vorarlberg.

INFORMATIONEN ZU DEN »KLEINEN HÄUSELBAUERN«

Der Besitz des Eigenheims markiert eine substantielle Trennlinie bei der Höhe des Nettovermögens in Österreich. Jene Haushalte, die ihren Hauptwohnsitz im Eigentum besitzen, haben weit höhere Nettovermögenswerte als Mieter. So

macht der Median der Eigentümer beim Nettovermögen mit 241.000 EUR mehr als das 20-fache des Wertes der Mieter aus. Der Median bei den Mietern liegt nur bei 11.500 EUR. Die Eigenheimeigentümer ähneln einander bei der Vermögenshöhe viel stärker als die Mieter.

Und selbst die kleinen Immobilienbesitzer sind noch groß im Vergleich zu den Mietern. Dieser Befund muss aber für Wien und Rest von Österreich differenziert werden. In Wien bietet der soziale Wohnbau für einkommensschwache Gruppen eine Alternative zum Immobilienerwerb und es gibt auch Mieter in sehr teuren Wohnungen. Die Mittelwert-Median Ratio ist daher bei den Mietern deutlich höher. Es handelt sich um eine sehr heterogen zusammengesetzte Gruppe.

VERMÖGEN STEIGT TENDENZIELL MIT ALTER, EINKOMMEN UND BILDUNG

Jüngere Menschen verfügen tendenziell über ein niedrigeres Nettovermögen. Sowohl Median als auch Mittelwert steigen bis in die Lebensphase vor der Pensionierung stark an. Die Ungleichheit sinkt von Jung zu Alt. Beträgt die Mittelwert-Median Ratio bei den 16–29-Jährigen noch 9, so liegt dieser Wert bei den 65–74-Jährigen bei nur mehr 2,2. Dies bedeutet aber nicht, dass man aus Vermögensarmut quasi herauswächst, einfach durchs Älterwerden. In einer armen Familie aufgewachsen korreliert mit einem später niedrigeren Einkommen und bietet keine Möglichkeiten zur Vermögensbildung.

Vermögen steigt stark mit Bildung an. Während Haushalte mit maximal Pflichtschulabschluss über ein Nettovermögen im Median von 36.000 EUR verfügen, liegt dieser Wert bei Universitäts- oder Fachhochschulabsolventen bei 170.000 EUR. Die Mittelwert-Median Ratio nimmt mit steigender Bildung stark ab. Dies bedeutet aber nun nicht, dass der Weg zum Vermögen über Bildungsaufstieg führt. Bildung wird ihrerseits praktisch im familiären Kontext vererbt. Das Einkommen ist eine der wichtigsten Quellen von Vermögen. Bei den Reichen ist es aber nicht zuletzt das Vermögen selbst, welches

eine Quelle des Einkommens darstellt. Vermögen bringt Vermögenseinkommen und erhöht das Vermögen. Das Vermögen für sich arbeiten lassen, lautet der ideologische Befund; ein Weg, welcher der Mitte und den Armen verschlossen ist. Und auch vom Arbeitseinkommen kann nicht einfach auf das Vermögen geschlossen werden. Erbschaften und Schenkungen beeinflussen die Höhe des Nettovermögens eines Haushalts entscheidend.

ERSTE INFORMATIONEN ZUM ERBGESCHEHEN

Erben ist eine der wichtigsten Vermögensquellen. In Österreich haben rund 35% der Haushalte eine Erbschaft oder Schenkung erhalten. 15% haben (unter anderem) ihren Hauptwohnsitz geerbt. Der Mittelwert liegt bei Erbschaften des Hauptwohnsitzes bei 163.000 EUR.

Die Bedeutung des Erbens verschiebt sich aufgrund einer steigenden Lebenserwartung tendenziell in die Pensionsphase. Erbschaften sind demnach keine Starthilfe, höchstens eine für den Ruhestand. Der Anteil der Erbenhaushalte an den gesamten Haushalten steigt entsprechend des Vermögens. Im obersten Nettovermögensquintil sind es bereits 65% der Haushalte, die geerbt haben, während es im ersten Quintil nur 10% sind. Auch der Wert der Erbschaft nimmt deutlich zu. Vermögende Haushalte erhalten deutlich höhere Erbschaften.

Dennoch sind die vergleichsweise niedrigen und seltener anfallenden Erbschaften für die vermögensärmeren Haushalte relativ zu ihrem Vermögen weit bedeutender. Anders gesagt, wer nichts hat, für den ist wenig bereits viel. Dies könnte neue Hinweise auf Gründe der auch bei Armen verbreiteten Ablehnung einer Erbschaftssteuer liefern.

Neben dem Erbgeschehen gibt es die Schenkungen und die Unterstützungen der Eltern bei der Ausbildung der Kinder. Schenkungen fallen seltener als Erbschaften an und sind – von den Werten betrachtet – geringer. Der Zusammenhang zwischen Erbschaften und Schenkungen ist positiv. Wer El-

tern hat, die auch schon zu Lebzeiten Unterstützungen leisten können, hat auch eine höhere Erbchance. Im Vergleich zu Erbschaften erreichen Schenkungen die Empfänger aber deutlich früher im Lebenszyklus.

VOR- UND NACHTEILE VON HAUSHALTERHEBUNGEN

Vermögensdaten aus freiwilligen Haushaltserhebungen haben Vor- und Nachteile. Zu den Vorteilen zählt die Möglichkeit einer Detailbetrachtung nach Bildung, Alter, Beruf und so weiter. Dies erlaubt, ein Bild zu den großen Unterschieden in der Vermögensausstattung zu gewinnen.

Zu den Nachteilen zählt, dass die Freiwilligkeit der Teilnahme bei Haushaltserhebungen der Erfassung von Reichen enge Grenzen setzt. Vermögendere Haushalte, bei denen das Erben von zentraler Bedeutung ist, werden in Haushaltsbefragungen untererfasst und wenn sie doch in die Stichprobe gezogen werden, verweigern sie häufiger die Antworten. Daher muss davon ausgegangen werden, dass die Ergebnisse der HFCS-Erhebung die Vermögenskonzentration in Österreich deutlich unterschätzen. 

MARTIN SCHÜRZ

arbeitet als Ökonom in Wien, der vorliegende Beitrag spiegelt die privaten Ansichten des Autors wider.

Im zweiten Teil, der in ZUKUNFT 11/2012 erscheinen wird, geht es um die Frage, wieso sich in Österreich niemand reich fühlt, obwohl es objektiv sehr Vermögende gibt.

Literaturhinweis

Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M. (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010 – erste Ergebnisse für Österreich in: Geldpolitik und Wirtschaft Q3/12

USA 2012



Euro vor dem Aus?

In seinem aktuellen Buch setzt sich Jürgen Boszoki mit der Geschichte, den Konstruktionsfehlern und der gegenwärtigen Krise der gemeinsamen Währung auseinander. Er plädiert für eine grundlegende Änderung der EZB-Politik, eine Regulierung der Finanzmärkte und eine bundesstaatliche Entwicklung Europas, um den Währungsraum zu einer demokratisch legitimierten und kontrollierten staatlichen Einheit zu machen.

Eine funktionierende Währungsunion ohne Staat – das wäre für Jürgen Boszoki ein echtes Novum in der Geschichte gewesen. Und so fühlt er sich bestätigt, bereits in seinem letzten Buch vor grundlegenden Konstruktionsfehlern in der Währungsunion gewarnt zu haben. Ohne eine koordinierte Wirtschafts- und Lohnpolitik könne eine einheitliche Währungs- und Zinspolitik unterschiedliche Volkswirtschaften nur weiter auseinanderbringen, statt sie konvergieren zu lassen.

Diese Entwicklung beschäftigt den Autor im ersten Teil seines Buches: Er skizziert die unterschiedliche Entwicklung der verschiedenen Euro-Länder, den Aufbau von Leistungsbilanzüberschüssen in Ländern wie Deutschland und -defiziten in Ländern wie Griechenland oder Portugal und erwähnt dabei auch, welche Rolle die Niedriglohnpolitik Deutschlands für dieses Auseinanderdriften gehabt hat.

LANGFRISTIGE PERSPEKTIVE

Der Autor bemüht sich an mehreren Stellen um differenzierte Problemanalysen in den einzelnen Krisenstaaten, sehr schnell spricht er aber seine zentrale langfristige Perspektive an: Einzelne Staaten könnten sich von Problemen in einer Währungsunion nicht abschotten, es braucht gemeinsame Lösungen. Weil aber die Währungsunion ohne demokratisch legitimierte Handlungsinstrumente in weiten Bereichen der Wirtschaftspolitik geblieben ist, die Nationalstaaten ihrerseits durch die Währungsunion ihre Geldpolitik nicht gestalten könne, sei die Entwicklung eines europäischen Bundesstaats zwar kurzfristig unrealistisch, letztlich aber unausweichlich. Nur so könnten die Grundlagen für einen demokratisch verfassten, funktionstüchtigen Währungsraum gesichert werden.

Auch aufgrund der fehlenden Absehbarkeit dieser Entwicklung, die als Grundlage für einen wirksamen und politisch durchsetzbaren europäischen Finanzausgleich gesehen wird, befürwortet Boszoki jedoch für Länder wie Griechenland, Portugal und Zypern den Austritt aus dem Euro und die Schaffung eines parallelen Währungsstandards mit dem Euro als Bezugspunkt.

Sehr umfassend setzt er sich mit Fragen der Geldpolitik und ihrer Institutionen auseinander, der auch den »Gastkommentar« von Walter Weiss in diesem Buch überwiegend beschäftigt. Boszoki sorgt sich über die hohe Geldmengenausweitung, die den spekulativen Finanzsektor weiter aufblähe und inflationäre Risiken mit sich bringe.

Keine Probleme ohne Lösungsvorschläge: Die Finanzmärkte müssten reguliert werden, ein globales Finanzsystem müsse geschaffen werden. Ein verbessertes »Bretton Woods« brauche aber auch eine Europäische Zentralbank, die nicht einseitig auf Geldwertstabilität fokussiere, sondern vielmehr auch Fragen der Vollbeschäftigung und des Wachstums in den Blick nehme. Ein zweigleisiges Kreditsystem, bei dem die EZB den Staaten bzw. öffentlichen Banken, denen Finanzmarkt-Spekulation strikt untersagt ist, direkt Geld für reale Investitionen zur Verfügung stellt soll diesem Zweck dienen.

Das Buch ist ein durchaus beachtlicher Versuch, eine Vielzahl von Problemen, die derzeit in Europas Wirtschaftspolitik bestehen, in relativ komprimierter Form anzusprechen. Boszoki stößt damit in verschiedenen Bereichen längst überfällige Diskussionen an: So z.B. die Frage, wieso es derzeit als der »Stabilität« dienlich erachtet wird, Banken zinslose Darlehen

zu geben, die mit diesem Geld entweder spekulieren oder hochverzinsten Staatsanleihen kaufen, gleichzeitig aber nur verschämt und halbherzig Schritte zu setzen, um öffentliche Investitionen über die EZB kostengünstig zu finanzieren.

GELDPOLITIK

Dass die Geldpolitik ein besonderes Anliegen des Autors ist, kann dem Leser dabei kaum entgehen. Auch wenn dadurch stellenweise die Bedeutung anderer – ebenfalls angesprochener – grundlegender wirtschaftspolitischer Probleme im Euro-Raum in den Hintergrund zu rücken droht, verliert sich Boszoki trotzdem nicht in der Eindimensionalität.

Diese Gefahr ist vielmehr beim stellenweise in Argumentation und Sprache befremdenden Gastbeitrag von Walter Weiss zu sehen. Thesen über den Zusammenbruch eines Wirtschaftssystems und »unseres Wohllebens«, der »unausweichlich kommen muss«, sind immer mit Vorsicht zu genießen. In dieser Tunnel-Argumentation werden die vorhandenen Alternativszenarien einer demokratischen Wirtschaftspolitik völlig ausgeblendet, einige Faktoren nahezu hysterisch übertrieben. Dass der US-Präsident unter Nennung seines zweiten Vornamens als »Barack Hussein Obama« bezeichnet wird und beiläufig »der US-Bankenapparat« für die Rüstungs- und Kriegspolitik Nazi-Deutschlands verantwortlich gemacht wird, macht die Skepsis nicht geringer.

Die saubere Trennung und Kennzeichnung des Gastkommentars ermöglicht es dem Leser jedoch jederzeit, einfach weiterzublättern und sich von den Argumenten und aufgeworfenen Problemstellungen Boszokis inspirieren zu lassen.

Ein spannender Punkt ist dabei sicherlich die staatliche Zukunft Europas, die Boszoki nicht nur wünschenswert, sondern dringend erforderlich erscheint. Hier bleibt vieles offen: Den Widerspruch zwischen postulierter Notwendigkeit und mangelnder politischer Akzeptanz greift der Autor zwar selbst auf, wenn er die grundlegenden Demokratiedefizite der der-

zeitigen Union anspricht und eine »kritiklose Europäisierung« ablehnt. Wie eine von unten getragene Debatte über eine Demokratisierung Europas, jenseits des im Buch zitierten »Brüsseler Konsensus« aussehen könnte, wäre vielleicht Thema eines nächsten Buches, das den studierten Politikwissenschaftler noch stärker auf das Feld der politischen Zukunft Europas führen könnte. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist geschäftsführender
Chefredakteur der ZUKUNFT.



Jürgen Bozsoki
EURO VOR DEM AUS?
EDITION VA BENE
333 Seiten, 24,90 Euro

M

SON | 19 STEWART

| | |
|------------------------|------|
| ERA | 3.71 |
| WHIP | 1.35 |
| K/9 | 5.82 |
| 2012 AT YANKEE STADIUM | |
| AVG | .344 |
| HR | 0 |
| RBI | 7 |
| 3RD-SINGLE TO LF | |



Armitron

| | | | |
|----|----|---|------|
| ER | BB | K | 8:22 |
| 0 | 3 | 2 | |

ELTA



Mohegan Sun
SPORTS BAR



| AMERICAN LEAGUE | | | WEATHERPROOF <small>SINCE 1940</small> | | | NATIONAL LEAGUE | | |
|-----------------|---|-------|--|---|-----|-----------------|---|-----|
| PITCHER | | | PITCHER | | | PITCHER | | |
| 34 CLE | 3 | B 4 | 24 LAA | 4 | T 5 | 34 PIT | 5 | F |
| 16 BAL | 0 | | 27 TOR | 3 | | 38 PHI | 4 | |
| 37 DET | 3 | ● ● | 66 OAK | 1 | | 61 ARI | 0 | ● |
| 33 TB | 0 | T 4 | 39 TEX | 0 | B 1 | 49 ATL | 1 | T 4 |
| 46 BOS | | 10:10 | | | | 55 NYM | | 10: |
| 34 SEA | | | | | | 35 LA | | |

CASINO



Europa, Erinnerung & Utopie



D. Cohn-Bendit, G. Verhofstadt FÜR EUROPA

Nicht der Abschied von der europäischen Integration wird uns retten, vielmehr brauchen wir ein größeres, stärkeres, demokratischeres Europa. Die einzelnen Nationalstaaten sind viel zu schwach, um im globalen Wettbewerb zu bestehen.

Gerade diese Krise zeigt, wie nötig wir eine starke EU brauchen: Um die Bürger vor der Willkür der Spekulanten zu schützen, die schon längst keine Staatsgrenzen mehr kennen.

HANSER, 141 Seiten, 8,30 Euro



Dana Giesecke, Harald Welzer DAS MENSCHENMÖGLICHE

Nationalsozialismus und Holocaust liegen mehr als sechzig Jahre zurück und die junge Generation sieht sich mit neuen Herausforderungen wie Globalisierung und Klimawandel konfrontiert. Die Erinnerungskultur braucht eine Modernisierung, denn nur eine Renovierung in

thematischer wie vermittelnder Hinsicht macht sie zeitgemäß als produktive Instanz politischer und historischer Bildung.

EDITION KÖRBER STIFTUNG, 187 Seiten, 15,50 Euro



Barbara Beuys LEBEN MIT DEM FEIND

Barbara Beuys erzählt vom Alltag in Amsterdam zwischen 1940 und 1945: Wie die Amsterdamer zunächst versuchen, durch Anpassung das Lebenswerte ihrer Stadt zu bewahren, von der Wut nach den ersten Deportationen jüdischer Mitbürger, von Terror und Razzien, von mutigen Menschen, die das kulturelle Leben der Metropole aufrechterhalten und unter Lebensgefahr jüdische Kinder verstecken.

HANSER, 380 Seiten, 25,60 Euro



Paul Kennedy DIE CASABLANCA-STRATEGIE

Der Autor schildert, wie die Alliierten zwischen der Konferenz von Casablanca im Jänner 1943 und der Invasion in der Normandie im Juni 1944 die Oberhand im Zweiten Weltkrieg gewannen. Sein Interesse gilt jedoch nicht den Staaten-

lenkern und der Geschichte von oben. Er schaut den »Machern« über die Schulter, deren technische Innovationen und taktische Neuerungen den Sieg erst ermöglichten.

C. H. BECK, 448 Seiten, 25,70 Euro



David Sobel UND DIE SONNE STAND STILL

Um das Jahr 1514 verfasste Nikolaus Kopernikus eine erste Skizze seiner heliozentrischen Theorie. Nicht die Erde stand demnach im Mittelpunkt des Universums, sondern die Sonne, und die Planeten umkreisten sie. Gekonnt erzählt Dava Sobel die Geschichte der Kopernikanischen Revolution und bettet sie ein in die Geschichte der Astronomie von Aristoteles bis zum Mittelalter.

BERLIN VERLAG, 384 Seiten, 23,70 Euro



Clemens Peck IM LABOR DER UTOPIE

1902 erschien Theodor Herzls Roman »Altneuland«, in dem er seine Ideen eines jüdischen Staates in Palästina literarisierte, reflektierte und modifizierte. Peck lotet die Leistungen des Romans vor dem Hintergrund des Utopie-Diskurses um

1900 erstmals ausführlich aus und gewinnt neue Einsichten nicht nur über den Roman, sondern auch über die schillernde Person des jüdischen Schriftstellers und Journalisten.

SUHRKAMP, 603 Seiten, 41,10 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Liebe, Krieg & Freiheit



Barbara Frischmuth
WOHER WIR KOMMEN

Nach dem Selbstmord ihres Freundes dringen plötzlich drei lebhaft Kinder und ihr Jugendfreund Jonas in Adas Leben ein. Ihre Mutter Martha musste es verwinden, dass ihr Mann spurlos im Ararat-Gebirge verschwand. Die große Liebe von Adas Tante Lilofee wurde verraten und verschleppt. Barbara Frischmuth erzählt wie jede dieser Frauen es lernen muss, im Jetzt zu leben und Liebe wieder zuzulassen.
AUFBAU-VERLAG, 367 Seiten, 23,70 Euro



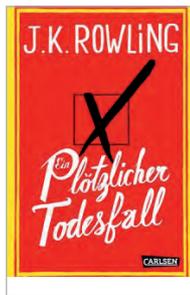
Dave Eggers
ZEITOUN

In dieser vielfach ausgezeichneten literarischen Reportage geht es um die Geschichte der amerikanisch-syrischen Familie Zeitoun. Nachdem Hurrikan Katrina im August 2005 New Orleans verwüstet hat, bleibt Abdulrahman Zeitoun in der Stadt und hilft, wo er kann – bis er am 6. September ohne Angabe von Gründen verhaftet und unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten wird.
KIEPENHEUER & WITSCH, 368 Seiten, 10,30 Euro



Ralph Dohrmann
KRONHARDT

In der Maschinenstickerei Kronhardt & Sohn rattern nach dem Krieg die Maschinen, als wäre nichts gewesen. Willem, einziges Kind der Firmenerbin, wächst unter der strengen Kontrolle von Mutter und Stiefvater auf. Früh geht er auf Distanz und sucht seine Freiheit. In bewegenden Bildern und einprägsamer Sprache erzählt dieser Entwicklungsroman über sechzig Jahre Leben in Deutschland.
ULLSTEIN, 928 Seiten, 25,70 Euro



Joanne K. Rowling
EIN PLÖTZLICHER TODESFALL

Rowlings erster Roman für Erwachsene: Als Barry Fairbrother mit Anfang vierzig plötzlich stirbt, sind die Einwohner von Pagford geschockt. Denn auf den ersten Blick ist die englische Kleinstadt mit ihrem hübschen Marktplatz und der alten Kirche ein verträumtes und friedliches Idyll, dem Aufregung fremd ist. Doch der Schein trügt. Hinter der malerischen Fassade liegt die Stadt im Krieg.
CARLSEN, 575 Seiten, 25,60 Euro



Peter Handke
VERSUCH ÜBER DEN STILLEN ORT

1989 veröffentlichte Peter Handke den Versuch über die Müdigkeit, danach folgte der Versuch über die Jukebox und dann der Versuch über den geglückten Tag. Zwanzig Jahre später nun ein neuer Versuch. »Handke ist ein unauffälliger Virtuose der Perzeption – einer Fähigkeit, Gegebenes bis in die winzigsten Formen seines Erscheinens zu bemerken und in Sprache zu gestalten«, so ein Rezensent.
SUHRKAMP, 109 Seiten, 18,50 Euro



Nathanael West
MISS LONELYHEARTS

Scheinheiligkeit, Scheinmoral, Scheinentrüstung – das ging und geht im Medienzirkus schon immer zusammen. Nathanael West zeigt in seiner Satire, wie dreist im modernen Pressewesen getäuscht und geheuchelt wird. »Haben Sie Sorgen? Schreiben Sie an Miss Lonelyhearts!« Die Leserschaft des New Yorker Post-Dispatch macht regen Gebrauch von der Offerte, und die Briefe in der Redaktion stapeln sich höher und höher.
MANESSE, 176 Seiten, 20,60 Euro

Die genderspezifischen Auswirkungen der Finanzkrise in der Europäischen Union

Heute droht als Ergebnis der Krise und der gewählten Strategien zu deren Bewältigung eine Schwächung der sozialen, politischen und ökonomischen Stellung von Frauen, die die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte nachhaltig revidieren wird.

Begünstigt wird dies durch die fehlende Repräsentanz von Frauen und deren Interessen in jenen Gremien der EU, in denen die Entscheidungen dazu getroffen werden. Darüber hinaus wird im Zuge der Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Entscheidungsmechanismen in der EU, die den Weg zur politischen Union ebnen soll, der Einfluss der männlich dominierten Finanzbürokratien sowohl auf EU-, als auch auf nationaler Ebene gestärkt. Es findet ein Transfer der Politikgestaltung von demokratisch legitimierten Institutionen zu Expertengremien statt, in denen Frauen und deren Interessen kaum vertreten sind.

Der Euroraum durchlief bislang die traditionellen drei Phasen von Finanzkrisen: Der Banken- und Finanzkrise folgte eine Wirtschaftskrise (»große Rezession« im Jahr 2009). 2010 folgte die sogenannte Staatsschuldenkrise. Letztere ist einzig Ergebnis der Finanzkrise: Im Zuge von Konjunktur- und Bankenrettungspaketen sowie der Wirkungen des dramatischen Wirtschaftseinbruchs auf den Staatshaushalt (automatische Stabilisatoren) stiegen die Staatsschulden stark an. Der Euroraum zeichnet sich seit einigen Monaten dadurch aus, dass nun alle drei Krisenphänomene gleichzeitig auftreten. Hinzu kommen zwei weitere: eine Krise der Demokratie und eine der europäischen Institutionen.

Die wenigen Beiträge, die sich in den letzten Jahren mit genderspezifischen Wirkungen der Krise beschäftigten, konzentrierten sich auf die ersten beiden Krisenphasen und bezogen sich in erster Linie auf die Kritik an Konjunkturpaketen, die fast ausschließlich auf die männlich dominierten industriellen Sektoren fokussierten und die Betroffenheit von Frauen negierten. Im Zuge des konjunkturellen Einbruchs 2009 sind die Arbeitslosenquoten von Männern im Durchschnitt aller EU-Länder tatsächlich stärker gestiegen sind als jene der Frauen (wobei große Unterschiede zwischen den Ländern zu verzeichnen waren). Dies führte letztlich dazu, dass am Hö-

hepunkt der Krise die Arbeitslosenquote der Männer im EU-Schnitt etwa auf dem gleichen Stand wie die von Frauen lag. Auch wurde der informelle Arbeitsmarkt in der Krisenanalyse nicht berücksichtigt, die Notwendigkeit, dass viele berufstätige Frauen aufgrund der Arbeitslosigkeit des Partners im informellen Arbeitsmarkt (in der Pflege, Reinigung, etc.) verstärkt zusätzliche Verdienstmöglichkeiten suchen mussten.

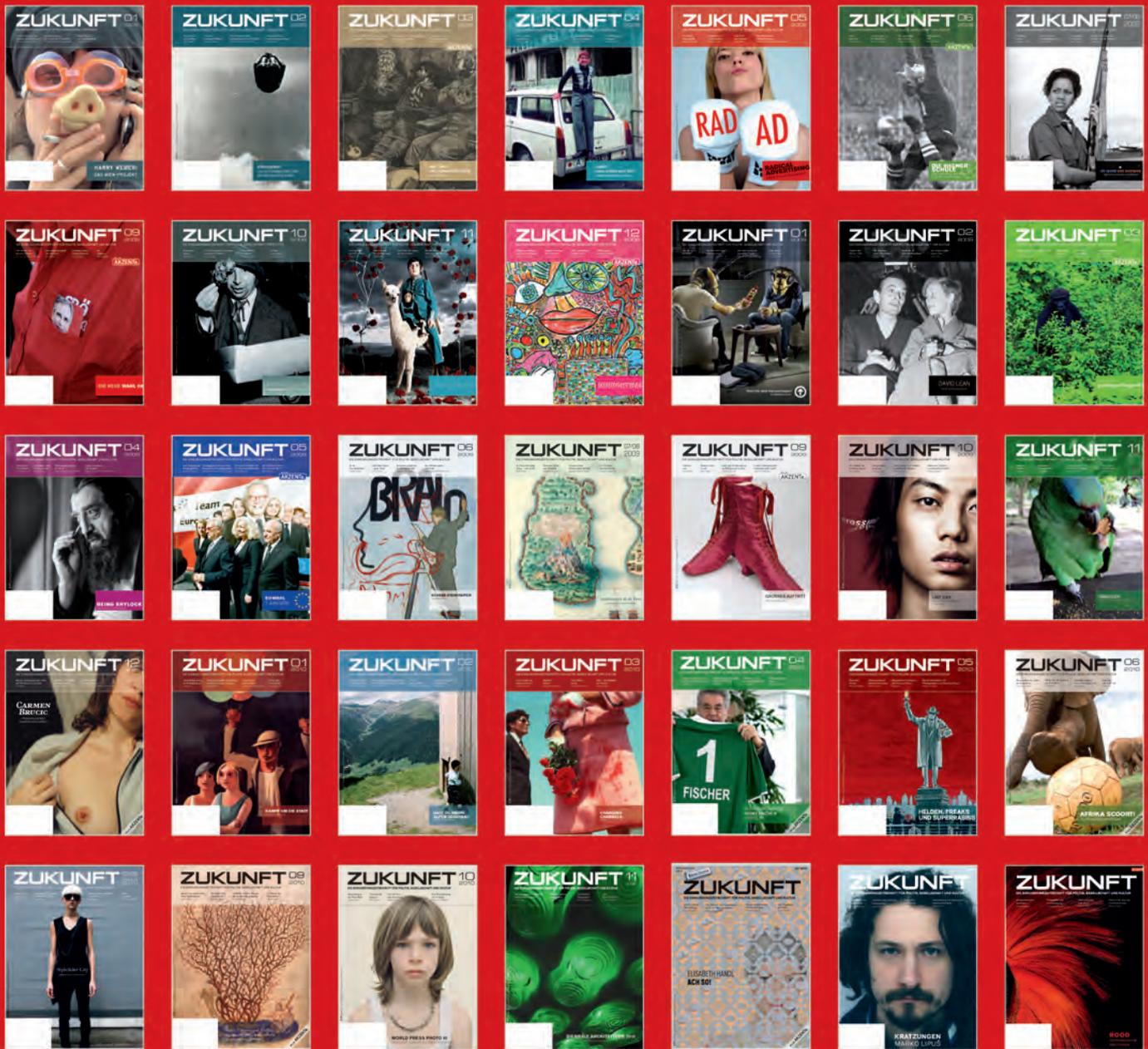
Die Finanzkrise ist insbesondere in der Phase, in der sie im Gewand der Staatsschuldenkrise auftritt, eine Krise, die sich fundamental auf die Lebensbedingungen von Frauen auswirkt. Frauen sind die Hauptempfängerinnen von sozialstaatlichen Leistungen. Im öffentlichen Dienst sind sie überproportional beschäftigt. Von den Einsparungen beim Sozialstaat und vom Abbau der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind sie besonders betroffen. Dazu kommt ein neuerlicher konjunktureller Einbruch, der sich im Zuge des Auslaufens der Konjunkturprogramme und der fiskalischen Konsolidierungsbemühungen verschärft.

Die von vielen gefeierte Renaissance des Keynesianismus war von kurzer Dauer. Die Konzentration aller Anstrengungen auf eine Fiskalunion, die ausschließlich als Disziplinierungsunion zu verstehen ist, hat letztlich prozyklisch gewirkt und den Wirtschaftsabschwung verschärft – mit weitreichenden sozialen Folgen: Sozialstaatliche Leistungen werden reduziert und Ungleichheiten verstärkt, auch zwischen den Geschlechtern. Der Druck steigt, solidarisch finanzierte, sozialstaatliche Sicherungssysteme bei Pensionen und Gesundheit, aber auch bei staatlichen Dienstleistungen oder Transfers, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherstellen, zu reduzieren.

Der Euroraum befindet sich in der Rezession. Die Arbeitslosigkeit von Frauen steigt jetzt wieder im formellen Arbeitsmarkt und Frauen werden verstärkt in prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie in den informellen Arbeitsmarkt gedrängt. Insbesondere in den Krisenländern der Währungsunion nähern sich die Arbeitslosenquoten Niveaus, die jenen der 1930er Jahre nahe kommen. 

HELENE SCHUBERTH

ist Wirtschaftsforscherin in Wien und Mitglied des BEIGEWUM..



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:
edition rot GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

